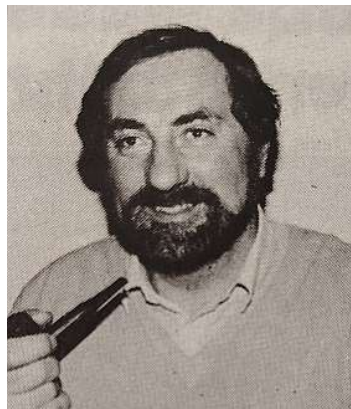


# 65 Jahre Europastimme



Wolfgang Wratschgo (†)



Franz Prassnegg (†)



Reinhart Zweifler



Anton Schäfer



Max Wratschgo



Christa Hofmeister



Karl Menzinger



Claudio Macor

Menschen, welche die Europastimme die letzten 65 Jahre maßgeblich begleiteten und leiteten.

(Bildquellen: Christa Hofmeister)

## Inhalt



	Seite
65 Jahre Europastimme	1
Inhaltsverzeichnis	2
In eigener Sache – Europastimme (Anton Schäfer)	3
Die variablen Defizitgrenzen (Anton Schäfer)	4
Europastimme als Sprachrohr (Christa Hofmeister)	4
Fünfundzwanzig Jahre BEJÖ und EFB in der Steiermark. Ein Gespräch mit Max Wratschgo (Helga Kostka)	9
Meine Sichtweise zu Europa. Schüler des Nationalkollegs „Diaconovici Tietz“ Reschitza	19
Mein Europa (Fatah Lara Gabriela Ungureanu)	19
Europa (Sophia Maria Thernes)	20
Europa (Damian Andrei Retezan)	21
Europa (Iannis Stieglbauer)	22
Europa (Maria Teodora Dună)	23
Europa (Lukas Nikolas Racolța)	24
Europäische Stadtinitiative fördert innovative Projekte und den Austausch zwischen Städten (Marc Germeshausen)	25
Das Einreise-/Ausreisensystem (EES) in Betrieb (Anton Schäfer)	27
Elektronisches Einreisensystem der EU, Härte für EU-Beitrittskandidaten (Jörg Hofreiter)	27
European Travel Information and Authorisation System und die Menschenrechte (Anton Schäfer)	28
Wie die deutsche Regierung das Schengener Abkommen zugunsten einer Appeasement-Politik für die AfD verrät (Anton Schäfer)	29
Mitreden, mitmischen, mitmachen (Marc Germeshausen)	32
Vereinsnachrichten und Impressum	34
Europa-Wikipedia (DORA)	35
Zu guter Letzt (EU vs USA)	36

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).



## In eigener Sache – Europastimme

(Anton Schäfer)

Die Europastimme gibt es nun seit 65 Jahren, die Zeit von Anfang 2019 bis Ende 2020 nicht eingerechnet, da in diesen Monaten die Zeitschrift nicht erschienen ist.

Was bewegt Menschen, eine Zeitung oder Zeitschrift herauszugeben? Und dann noch zum Thema Europa? Eine Kurzsrecherche in Google ergibt dazu nur wenige Treffer. Viel zu Zeitungen und Zeitschriften allgemein, jedoch nur wenig Information dazu, warum jemand eine Zeitung herausgibt.

Bei den Zeitungen und Zeitschriften (Online-Medien eingeschlossen), die von öffentlichen und halböffentlichen Stellen herausgegeben werden, ist diese Frage leicht zu beantworten: Sie wollen ihre Sichtweise der Dinge transportieren und der Öffentlichkeit über ihre Leistungen berichten.

Was aber bewegt private Vereine oder einfach grundsätzlich Menschen, ohne öffentliche oder halböffentliche Einrichtung im Hintergrund zum regelmäßigen Publizieren?

Zum einen ist es wohl das starke Interesse an einem Thema, dass die Notwendigkeit gesehen wird, etwas weiterzubringen und Dinge nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Für solche Menschen ist eine Zeitung bzw. Zeitschrift nicht nur eine gedruckte Publikation, die regelmäßig erscheint und eine Vielzahl von Themen oder ein bestimmtes Thema schwerpunktmäßig abdeckt. Es ist vielmehr Ausdruck einer Lebenshaltung. In unserem Fall die Lebenshaltung für ein vereintes und friedliches Europa, das zu einem europäischen Bundestaat werden soll. Und das Medium Zeitschrift dient dazu, diese Lebenshaltung der Öffentlichkeit im

Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen und Entwicklungen näher zu bringen.

Darum schreiben wir in der Europastimme nicht nur zu EU-Themen, sondern auch darüber hinaus.

Wir sind uns bewusst, dass eine umfassende Berichterstattung über lokale, nationale und internationale Themen zu Europa unmöglich ist. Mit besonderem und bewundernswertem Engagement hat Wilhelm Cornides 1946 mit dem „Europa-Archiv“<sup>1</sup> begonnen, eine solche umfassende Sammlung europäischer Themen zusammenzutragen. Doch auch er musste bald

Schwerpunkte setzen.

Die Europastimme hat diese Schwerpunktsetzung von Anfang an vorgenommen.

Es war und ist für die Redaktion der Europastimme wichtig, glaubwürdig und kritisch den Lesenden die Europa-themen zu unterbrei-

ten. Dabei soll jeder Leser selbst entscheiden, was davon für ihn richtig und wichtig ist. Die Meinungsbildung, die viele Zeitungen und Zeitschriften, mehr noch die Online-Medien, vornehmen, wollen wir vermeiden.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass das nicht durchgängig geht, weil kritische Berichterstattung zu EU-Themen immer auch von der Sichtweise des Autors geprägt ist. Wir versuchen, dieses „Manko“ auszugleichen, indem wir eine breite Meinungsvielfalt zulassen, die jedoch Extreme nicht einschließt.

Dadurch soll aus unserer Sicht ein kleiner Beitrag zur Demokratie in der EU geleistet werden. Natürlich ist uns klar, dass es in der Realität wirklich nur ein kleiner Beitrag sein kann.



<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Europa-Archiv\\_%28Zeitschrift%29](https://de.wikipedia.org/wiki/Europa-Archiv_%28Zeitschrift%29)

## Die variablen Defizitgrenzen

(Anton Schäfer)

Immer wieder war seit der Einführung des Euros zu lesen und zu hören, wie wichtig die Defizitgrenzen seien. In Deutschland noch ergänzt durch eine nationale „Schuldenbremse“.

Schon im Vertrag von Maastricht war in Artikel 104c Abs. 1 (nunmehr wortgleich Artikel 126 Abs. 1 AEUV) festgehalten, dass die Unionsmitgliedstaaten übermäßige Defizite zu vermeiden haben.<sup>1</sup> Die „EU-Konvergenzkriterien“ (auch: „Maastricht-Kriterien“ genannt) haben diese näher ausformuliert und vorgegeben (siehe auch Artikel 126 und 140 AEUV). Bereits bei der Einführung dieser Kriterien wurde auch die Willkürlichkeit derselben kritisiert.

Solange es z. B. nur um die Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales, Infrastruktur etc. ging, wurde strickt auf die Einhaltung dieser Kriterien geachtet. Nunmehr ist die Welt aber plötzlich eine andere. Europa sei bedroht von außen und müssen sich verteidigen. Und daher wollen (und dürfen) nun plötzlich 16 Unionsmitgliedstaaten die Defizitgrenze überschreiten, die Maastricht-Kriterien werden temporär ausgesetzt. So einfach ist das. Für die Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales, Infrastruktur etc. ging das nicht. Doch wenn es um „Kriegsspielzeug“ geht, dann ja.

Nunmehr können diese 16 Unionsmitgliedstaaten vier Jahre lang ungeachtet der EU-Konvergenzkriterien bis zu 1,5 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung ausgeben. Diese 16 Unionsmitgliedstaaten sind sämtlich auch NATO-Staaten:

Belgien	Lettland
Bulgarien	Litauen
Dänemark	Polen
Deutschland	Portugal
Estland	Slowenien
Finnland	Slowakei
Griechenland	Tschechien
Kroatien	Ungarn

Bis 2030 sollen so schätzungsweise 650 Milliarden Euro (!) locker gemacht werden.<sup>2</sup> Und über ein Projekt mit dem Namen „Safe“ sollen über den EU-Haushalt abgesicherte Darlehen in Höhe von bis zu 150 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um gemeinsam Rüstungsgüter zu beschaffen.<sup>3</sup>

Volkswirtschaftlich gesehen ist es die größte Dummheit, Volksvermögen in „tote Güter“ zu investieren oder Kapital zu horten. Im konkreten Fall sind dies auch noch Güter, deren Erhaltung sodann über Jahrzehnte noch mehr Kapitalbedarf nach sich zieht. Und beim Einsatz dieser Güter schließlich muss noch mehr Volksvermögen aufgewendet werden und mehr noch wird Volksvermögen extensiv zerstört.

Darüber hinaus ist es auch schon absehbar, sofern die EU-Konvergenzkriterien nicht dauerhaft aufgeweicht werden, dass der Unionsbürger diese Kosten in Form von „Sparpaketen“ zurückzahlen muss. Sparpakete, die wiederum dadurch finanziert werden, dass bei Gesundheit, Bildung, Soziales, Infrastruktur etc. gespart wird, wodurch der Staat selbst weiter an Legitimation verliert. Denn wenn dieser nicht in der Lage ist, die Grundbedürfnisse seiner Bürger zu erfüllen, hat er seinen Daseinszweck verloren.

Es ist ebenso absehbar, dass in vier Jahren populistische Kräfte die Verantwortlichen für diese Schuldenpolitik angreifen und diese keine Antworten haben werden etc. etc.

Dass viele Unionsbürger für den derzeitigen angeblich so essenziell erforderlichen „Sparkurs“ kein Verständnis haben, ist bei einigen wenigen Politikern angekommen.

Dass die Unionsbürger sehen, wie Milliarden in für Rüstungsgüter gesteckt werden, während sie ihre eigenen Bedürfnisse zurückstellen sollen, löst Unverständnis aus und lässt viele an der Kompetenz der Politiker und Experten zweifeln.

<sup>1</sup> Siehe zur Entwicklung dieser Bestimmung von 1957 bis heute: „EUV | EGV | AEU“ von Antonius Opilio, 2. Auflage, Edition Europa Verlag, Dornbirn 2008.

<sup>2</sup> <https://orf.at/stories/3392178/>

<sup>3</sup> <https://orf.at/stories/3394489/>

Die Europastimme wird heuer 65 Jahre alt. Aus diesem Anlass ließ es sich die frühere Chefredakteurin, Christine Hofmeister, nicht nehmen, sich unzählige Stunden in Unterlagen zu vertiefen und Erinnerungen herauszusuchen. Es ist ein beachtliches Spektrum an Themen, welche die Europastimme in diesen 65 Jahren abgedeckt hat. Und es gibt nicht viele „europäische“ Zeitschriften, die so vielen Jahren nach wie vor erscheinen.

## Europastimme als Sprachrohr

(Christine Hofmeister)

Die Europastimme war bis 2018 eine in Österreich in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift der EFB-Steiermark. Sie stellte zudem ein nationales Forum der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europapolitische Bildung in Österreich dar.

### Rundbrief

Gemeinsam gaben der steirische BEJ und die UEF bzw. EFB in der Steiermark seit November 1956 schriftliche Mitteilungen heraus, zuerst als „Rundbrief“, der sich schon im Oktober 1956 zur „Steirischen Europa-Stimme“ in schönerem Outfit wandelte: ... *da es in Österreich keine Zeitschrift einer europäischen föderalistischen Organisation gibt und die allgemeine Presse keinesfalls europäisches Gedankengut im breiteren Umfang vertritt und verbreitet ...* (Steirische Europa-Stimme Nr. 13 vom 20. Oktober 1958).

### Europa Stimme

Ab 1960 erschien dann die „Europa Stimme“. Die bis 1999 herausgegebenen Zeitungen habe ich auf A3-Format kopiert und zu einem Buch mit rund 2.200 Seiten binden lassen. Anhand dieser Sammlung lassen sich alle unsere Aktionen nachvollziehen.

In ausführlichen Beiträgen wurde zu aktuellen internationalen und europäischen Ereignissen Stellung bezogen, wir erinnerten an Jubiläen,

wie 1978 an das Jahr der Menschenrechte, oder 1979 an „30 Jahre Europarat“. Im Jubiläumsjahr 1987 feierten wir nicht nur „30 Jahre Karl-Brunner-Europahaus“, auch der BEJ und die EFB konnten schon auf ein langes Wirken zurückblicken. Früh wurde in zahlreichen Ausgaben unserer „Europa-Stimme“ Aufklärungsarbeit über angebliche Probleme des sich abzeichnenden Beitritts von Österreich im Jahre 1995 geleistet.

Stets betonten wir die Zielsetzung „Europa muss zusammenwachsen“, damit die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union so manche Bewährungsprobe bestehen kann – wie etwa „die Umgestaltung des früheren Ostblocks“ (Europa-Stimme 32. Jg., September/Oktober 1991).

### Wir machen Zeitung

EFB und BEJ wollen die Menschen zum Engagement für die „Friedensidee Europa“ bewegen. Informationen bei Veranstaltungen allein genügen nicht, auch durch Publikationen soll den Bürgern „Europa“ verständlich gemacht werden. Also? Machen wir Zeitung! Dank unserer Mitarbeiter – u. a. Franz Prassnegg, Reinhart Zweifler,

Karl Menzinger, Claudio Macor, Wolfgang Wratschgo und Max Wratschgo als Chefredakteur – ist das auch gelungen.

Irgendwann habe ich das Sprachrohr unserer Organisation übernommen, natürlich hat sich meine Handschrift abgezeichnet.



**Gebundene Sammlung**  
Die Europastimme im Großformat umfaßt 2200 Seiten, hat 11 kg und wurde in Eigenregie von Christine Hofmeister hergestellt.  
Eine einzigartige Sammlung der Europastimme von 1956 bis 1999. Bildquelle: Christine Hofmeister.

**Es sind mehrere Sitzungen notwendig**

Beim ersten Treffen geht es jeweils darum, Themen für die nächste Ausgabe zu finden und vor allem jemanden, der bereit ist, darüber zu schreiben.

Dann gilt es, die Reihenfolge der Artikel festzulegen, Fotos und Grafiken werden gesucht und ausgewählt.

Die ersten Ausgaben waren weitgehend auf Matrizen mit Schreibmaschine geschrieben und wurden mittels Spiritus-Druckverfahren auf Papier gebracht – auch die Hände haben immer wieder etwas abbekommen.

Fotos konnten kaum aufgebracht werden und waren rar.



**druckhaus scharmer** MEDIENDESIGN DIGITAL- UND OFFSETDRUCK WERBETECHNIK Wir sind zertifiziert

An das Europahaus Neumarkt Europäische Föderalistische Bewegung zH Frau Christa Hofmeister Jahweg 5 8330 Feldbach

Kundennr. 26135  
Bearbeiter Ing. Mag. (FH) Gerhard Scharmer-Rungaldier

**ANGEBOT Nr. 70417** 17.12.2013

Sehr geehrte Frau Hofmeister!

Herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Gerne bieten wir wie folgt an:

**Projekt: Zeitungen Europastimme**

Format	A4 (21 x 29,7 cm)
Umfang	8-seitig
Druck	4/4c Eurokala
Papier	mitt. gestrichen 80g weiß
Verarbeitung	3-seitig beschnitten, 2x durch den Rücken geheftet, in handliche Kartons verpackt
Vorlagen	Layout durch uns
Lieferung	ab Werk

**Auflage(n) in Stück: 3.900**

**Angebotspreis EUR 1.350,00**

Preise zuzüglich 20 % Umsatzsteuer  
Zahlungsziel: 8 Tage 2 % Skonto, 30 Tage netto  
Lieferzeit: nach Vereinbarung  
Im übrigen gelten die Ihnen bekannten allgemeinen Liefer- und Zahlungsbedingungen für das grafische Gewerbe Österreichs. Sie können sie auch unter [www.scharmer.at/download/agb.pdf](http://www.scharmer.at/download/agb.pdf) einsehen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und versichern, dass wir Ihren Auftrag mit größter Sorgfalt ausführen werden.

*Gerhard Scharmer-Rungaldier*  
Ing. Mag. (FH) Gerhard Scharmer-Rungaldier

Das Erscheinungsbild der Europastimme hat sich im Lauf der Zeit geändert. Zentral geblieben ist das grüne E, das auf einen Entwurf von Duncan Sandys zurückgeht (ursprünglich war es rot). Weitere Entwürfe siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Europaflagge>  
Bildquelle: Christine Hofmeister

Die Europastimme fällt natürlich nicht kostenlos vom Himmel.  
Bildquelle: Christine Hofmeister

Später waren wir weit professioneller unterwegs: Wir gingen mit den Unterlagen zur Druckerei und besprachen mit dem Setzer die neue Ausgabe. Fotos konnten nun miteingebaut werden (Bleidruck). Nach etwa einer Woche erhielten wir den sogenannten Bürstenabzug – dabei handelte es sich um einige Probeexemplare der fertigen Zeitung.

Also neuerliches Treffen, die Bürste war zu lesen und zu korrigieren. Das Unangenehmste waren Kürzungen der Artikel oder Umgestaltung der Seiten. Dann wieder der Gang in die Druckerei – hoffentlich war der gleiche Setzer zur Verfügung, das machte die Arbeit an den Änderungen leichter. Noch einmal

„drüberschauen“, Druck freigeben, Liefertermin ausmachen.

Währenddessen Adressenetiketten vorbereiten – die ersten wurden auf perforierten Blättern mit Durchschlägen für meist vier Nummern getippt. Dann wurde die Zeitschrift an allen Mitglieder, Interessenten und Institutionen verschickt. Es waren einige Tausend Exemplare, daran kann ich mich gut erinnern. Dank Max Wratschgo durften wir uns später einer Adressiermaschine bedienen.

Europa hat sich bewegt, entwickelte sich weiter. Veränderungen bestimmen den Lauf der Zeit und tun gut, das war auch mit unser

Europastimme so und spiegelt sich in unserer Zeitschrift wider. Die Europastimme steht weiterhin ganz im Zeichen europapolitischer Informationen. Seit 2021 wird sie im Rahmen des Edition Europa Verlags herausgegeben und hat sich als Vereinszeitschrift der Europa-Union Vorarlberg etabliert.

Der Ausspruch „Das Europa der Vielfalt bleibt in der Einheit stecken, wenn wir es versäumen, Europäer heranzubilden“ soll Herausforderung sein und nachdem Europa nicht einfach so von selbst passiert, ist es wichtig, an diesem schwierigen Unternehmen beteiligt zu sein.



Organ der Union Europäischer Föderalisten (UEFÖ) und des Bundes Europäischer Jugend (BEJÖ) Österreich, Graz, Glacisstraße 5a, Telefon 32-4-82

Nummer 1

Jänner 1960

## Zum Geleit!

Anlässlich des Jahreswechsels danken die Union Europäischer Föderalisten Österreich und der Bund Europäischer Jugend Österreich ihren Funktionären und Mitgliedern, sowie allen Freunden der Europaidee für die treue Mitarbeit und bitten auch im Jahre 1960 mit gleichem Verständnis und gleicher Tatkraft der großen Sache zu dienen.

Mit dem vergangenen Jahr können wir zufrieden sein, war es doch ein Jahr erfolgreicher Aufbau- und Organisationstätigkeit, mit dem Jugendlager in Neumarkt und den „Europawahlen“ in Feldbach und Umgebung als bemerkenswerten Höhepunkten dieser Arbeit.

Unsere Organisationen wachsen. Der alte Rundschreibendienst reicht für unsere Aufgaben nicht mehr

aus, weshalb an seine Stelle die vorerst jährlich zehnmal erscheinende Zeitung „Europastimme“ getreten ist. Wir bitten unsere Freunde, Mitarbeiter und Mitglieder dieses Blatt zu verbreiten und die Schriftleitung mit Beiträgen und Berichten zu unterstützen. Da die Zeitung den Mitgliedern unentgeltlich geliefert wird, kommt der Anzeigenwerbung eine besondere Bedeutung zu. Wir sind für jede Unterstützung in diesem Belange aufrichtig dankbar.

Das neue Jahr wird für die Entwicklung der großen Politik sehr bedeutsam sein. Möge es uns der Vereinigung der europäischen Staaten und Völker in Frieden und Freiheit näher bringen.

Die Bundesvorstände  
der UEFÖ und des BEJÖ

## Nicht auf Umwegen zu Europa!

Die Erkenntnis, daß der Bestand der abendländischen Kultur, die Freiheit der europäischen Völker und der gefährdete Weltfriede nur durch einen Zusammenschluß Europas gesichert werden können, ist heute allgemein verbreitet. Fast gehört es schon zum guten Ton, die europäische Integration zu bejahen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht prominente Persönlichkeiten, Gelehrte, Künstler, hohe Offiziere, Staatsmänner und Politiker bei gegebenen Anlässen ein Bekenntnis für Europa ablegen. Dabei pflegen Regierungsmitglieder vornehmlich der kulturellen oder der wirtschaftlichen Integration das Wort zu reden.

Das ist aber herzlich wenig, kommt es doch vor allem auf die politische Vereinigung Europas an; eine nur auf bestimmte Bereiche beschränkte Integration, so begrüßenswert sie auch sein mag, wird nie zur angestrebten Vereinigung führen.

Die Befürwortung und Förderung einer kulturellen Integration ist kaum notwendig, bildet doch das Abendland seit über tausend Jahren eine kulturelle Einheit. Aber so wenig einst die kulturelle Gemeinsamkeit die Hellenen gehindert hat, in ständigem politischen Hader und Gegensatz zu verharren, bis die „Barbaren“ ihrer Freiheit und Selbständigkeit den Garaus machten, ebenso wenig vermochte und vermag die abendländische Kulturgemeinschaft die politische Vereinigung — und darauf kommt es vor allem an — herbeizuführen.

Auch die gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration sind von zweifelhaftem Wert. Ihre Befürworter übersehen, daß aus Zollunionen und Zollverbänden selten Staatenbünde oder Bundesstaaten geworden, hingegen geschlossene, einheitliche und natürliche Wirtschaftsräume, allen wirtschaftlichen Banden zum Trotz zerfallen sind, weil der politische Einigungswille fehlte oder erlahmte. Das alte Österreich-Ungarn ist hierfür schmerzlich erlebtes Beispiel. Die jüngste Entwicklung der Wirtschaftspolitik der freien

Nummer 1, Jänner 1960: Die erste als Zeitschrift gedruckte Europastimme

So hat die Europastimme begonnen. Mit den damaligen technischen und auch für einen jungen Verein finanzierbaren Mitteln, voller Europa-Enthusiasmus und dem Wissen, nach dem Zweiten Weltkrieg, dass dieses Europa

nicht nur eine Idee einer kleinen Gruppe von Idealisten ist, sondern eine unabdingbare Notwendigkeit, um den Frieden in Europa dauerhaft zu erhalten.

Die Themen der Europastimme waren und sind immer breit „gestreut“



Nummer 1-1963, Seite 3



Nummer 1-1963, Titelblatt



Nummer 2-1965, Seite 1



Nummer 5-1961, Seite 3

Europastimme Nr. 4-1961 - Seite

8

## Zusammenarbeit mit dem Europäischen Erzieherbund (AEDE)

Der Europäische Erzieherbund wurde am 18. Juli 1956 in Paris von Erziehern aller Schulgattungen aus sechs europäischen Staaten gegründet. Sein Ziel ist, durch eine EUROPÄISCHE PÄDAGOGISCHE AKTION an der Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa mitzuwirken.

Der Bund ist eine **übernationale** Organisation mit nationalen Sektionen. Er ist **parteilos** und **konfessionell neutral**. Er verfolgt keine staatspolitischen Ziele.

**Der Europäische Erzieherbund**

setzt sich zur Aufgabe, die Lehrer und Schulaufsichtsbeamten aller Schulgattungen für die Idee der europäischen Einigung zu gewinnen,

tritt dafür ein, daß Unterricht und Erziehung mit europäischem Geist erfüllt werden,

fordert den Einbau der Europakunde in die Lehrpläne aller Schulen,

fordert eine Reform der Schulbücher (Sprachen, Geschichte, Erdkunde, Literatur, Philosophie, Staats-

Wirtschafts- und Sozialkunde) im Hinblick auf die gemeinsame europäische Kultur,

fördert Begegnungen der Erzieher Europas und den gegenseitigen Austausch von Schülern und werktätigen Jugendlichen durch europäische Studienseminare, Ferienlehrgänge, Schulpartnerschaften, Zelt- und Arbeitslager,

will internationale Kontakte herbeiführen und zur Völkerverständigung und Völkerversöhnung beitragen.

Anlässlich der Leopoldsteiner Tagung des Europäischen Erzieherbundes haben wir mit den führenden Persönlichkeiten der österreichischen Sektion vereinbart, daß die aktiven Lehrer aller Schulgattungen und Lehramtskandidaten, die Mitglieder unserer Organisationen sind (UEFO, BEJO), dem Europäischen Erzieherbund ohne Leistung eines Mitgliedsbeitrages angehören können. Umgekehrt können die Mitglieder des Europäischen Erzieherbundes unseren Organisationen beitreten, ohne jedoch einen Mitgliedsbeitrag entrichten zu müssen.

Europastimme Nr. 5-1960 - Seite 4

## Resolution über Algerien

Der 8. Kongreß der UEF in Straßburg am 29., 30. und 31. Jänner 1960

ist durch die tragische Prüfung, die Frankreich und die Algerische Gemeinschaft heute durchmachen, **tief bewegt**.

Er stellt fest, daß diese tragischen Umstände durch die nationalistischen Widersprüche hervorgerufen wurden;

— **macht darauf aufmerksam**, daß die sogenannte Politik nationaler Größe diese Widersprüche nicht überbrücken konnte, sondern sie im Gegenteil, auf die Spitze getrieben hat;

— **erklärt**, daß diese Situation der großen Tradition des französischen Volkes und der Rolle, die Frankreich in Europa und somit, infolge des vereinten Europa, in der Welt spielt, nicht würdig ist;

— **bringt zum Ausdruck**, daß es die wahre Größe wäre, wenn Algerien sein weiteres Schicksal frei bestimmen könnte und die Rechte der Algerischen Gemeinschaft, dieses alte Land zu bewohnen und dort mitzuarbeiten, anerkannt würden;

— **zögert nicht**, in Erinnerung zu rufen, daß die Respektierung dieser Rechte die Einführung eines föderalistischen Systems, sowohl in Algier selbst, als auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen Afrika oder einem Teil Afrikas und Europas beinhaltet.



## Papst Paul VI. ein Europa-Wähler

Anlässlich der Krönung des ehemaligen Kardinal-Erzbischofs Monsignore Montini zum neuen Papst Paul VI. werden sich viele europäische Föderalisten, vor allem die in Mailand, daran erinnern haben, daß er am 20. 4. 1959 mit dem sozialistischen Bürgermeister Prof. Virgilio Ferrari und 150.000 Mailändern die Stimme für den Kongreß des Euro-

päischen Volkes abgegeben hat. Papst Paul VI. setzt die europabewußte Politik seiner beiden Vorgänger Johannes XXIII., vor allem aber Pius XII. fort.

Er hat schon vor vier Jahren die Bedeutung des KEV für die Verwirklichung des großen Zieles der Vereinigung der Staaten Europas erkannt.

Nummer 6-1963, Seite 3

Europastimme Nr. 8-1960 - Seite 7

### LANDESVERBAND NIEDERÖSTERREICH:

#### Landesverband Niederösterreich gegründet!

Im September 1960 wurde der Landesverband Niederösterreich des BEJO gegründet. Landesobmann wurde Emmerich Schreiner, seine Stellvertreter Emmerich Stoll und Herbert Prössl, Landessekretär: Evi Grassl. Der Sitz des Landesverbandes ist Wien III, Strohgasse 13, wo der Landesverband seine Veranstaltungen abhält. Wir wünschen unserem jüngsten Landesverband viel Erfolg bei seiner Arbeit.

## Europa hic et nunc

Daß die Einigung Europas möglichst bald vollzogen werden muß, darüber besteht weitgehende Einigung. Einzelne europäische Parlamente haben sie mehrmals gefordert; Umfragen der Meinungsinstitute zeigen, daß eine große Mehrheit der Europäer für dieses politische Ziel ist. Ob man mit der Hausfrau oder einem Mechaniker spricht, den Atomwissenschaftler in seinem Labor besucht oder den Ingenieur in seiner Versuchsanstalt: überall findet man

eine überwältigende Anzahl von Menschen, die dieses Ziel als das ihrige anerkennen.

Trotzdem — und man stellt das mit Verwunderung fest — ist es bis heute nicht gelungen, die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen, und es gibt viele, die nicht wissen, wieso dies bisher nicht gelungen ist. So sucht man den Prügelknaben, dem man die Schuld geben kann.

Nummer 2-1960, Seite 2

## Fünzig Jahre BEJÖ und EFB in der Steiermark Ein Gespräch mit Max Wratschgo

(Helga Kostka)<sup>1</sup>

**Helga Kostka:** Der Bund Europäischer Jugend (BEJ) und die Union Europäischer Föderalisten (UEF), die spätere Europäische Föderalistische Bewegung (EFB), haben eine einzigartige Erfolgsgeschichte hinter sich. Im Jahre 2005 feiern diese Organisationen ihr fünfzigjähriges Bestehen in der Steiermark, eine Gründung an der Sie, Herr Wratschgo, wesentlichen Anteil hatten. Für Ihr Lebenswerk, die Durchsetzung der europäischen Idee, erhielten Sie nicht nur von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das „Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark“ verliehen, Sie wurden im März 2003 auch mit dem „Styrian Award for Humanity“ durch den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und den einstigen sowjetischen Regierungschef Michail Gorbatschow ausgezeichnet. Was hat Ihren Lebensweg bestimmt?

**Max Wratschgo:** Vom obersteirischen Pogier/Parschlug, wo ich geboren wurde, übersiedelte meine Familie in die Oststeiermark. Ich besuchte bereits die Volksschule in Trautmannsdorf und dann die Hauptschule in Feldbach. Trotz meiner Jugend erlebte ich schon bewusst die schrecklichen Ereignisse der letzten Kriegszeit, in der Feldbach Kampfgebiet war, und die entbehrungsreichen ersten Nachkriegsjahre. Auch heute noch erinnere ich mich an die Verfolgungen durch die „Nazis“, dann die Angst vor der sowjetischen Besatzungsmacht und an die Repressalien, die die Russen auch gegen Nicht-Nationalsozialisten ausübten. Am Karsamstag 1945 besetzten die Russen den Ort Trautmannsdorf, am Ostermontag kamen die deutschen Truppen zurück. Vor dem Einmarsch der Russen hatte meine Mutter, die dort provisorische Schulleiterin war, die Hakenkreuzfahne und Hitlerbilder aus der Schule geholt und bei einem Bauern verbrannt. Nach der Rückkehr der Nazis bedeutete dieses Vorgehen ein schweres Verbrechen, gleich dem Desertieren, das mit der Todesstrafe geahndet wurde.

Dieses Erlebnis hat mich geprägt. Wie viele meiner Zeitgenossen habe ich vor allem einen Wunsch: „Niemals wieder Krieg!“.

Ich entschied mich für den Lehrerberuf, besuchte ab 1951 die Lehrerbildungsanstalt am Hasnerplatz in Graz, wo ich 1956 maturierte. Es waren meine Lehrer in der Lehrerbildungsanstalt (LBA), wie Direktor Erhard Dzimirsky und Professor Rudolf Berthold, denen es gelang, mich und viele meiner Schulkollegen für die europäische Idee zu begeistern. Schon als Jugendlerner zeigte ich großes Interesse an Politik und las, wann und wo möglich, die politischen Nachrichten in den Tageszeitungen. Professor Berthold betonte in den Gesprächen mit uns Schülern immer wieder, wie wichtig eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten für den Frieden wäre. Gemeinsam mit meinen Schulkollegen machte ich mich auf die Suche nach einer europäischen Organisation, die uns bei der Durchsetzung dieser Idee helfen konnte. Der Friedensgedanke, der hinter der europäischen Einigung stand, war für mich nicht nur ein Hoffnungsschimmer. In meinem jugendlichen Enthusiasmus wollte ich alles daran setzen, dieses für mich einzig sinnvolle Ziel auch zu verwirklichen. Ich hatte ja selbst die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges zu spüren bekommen.

Ausschlaggebend war dann folgendes Ereignis: Im März 1954 entsandte mich der Lehrerbund als Teilnehmer zu der in Wien stattfindenden europäischen Versammlung der politischen Jugend. Zwar war ich nicht stimmberechtigt, hatte aber als Beobachter einen Platz in einer Loge des österreichischen Parlaments bekommen und kam erstmals auch mit einem Kopfhörer für die Simultanübersetzung in Berührung. In einem Gespräch mit einem saarländischen Vertreter erfuhr ich von der Existenz der Europajugend (BEJ), deren Dachverband an diesem Kongress mit sechs stimmberechtigten Vertretern beteiligt war. Ich suchte das Gespräch mit deren Präsidenten, Wolfgang Kanngießner

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde teilweise in „50 Jahre Bund Europäischer Jugend und Europäische Föderalistische Bewegung“ unter dem Titel „Fünzig Jahre BEJÖ und EFB in der Steiermark“ (1995), S. 134 ff, in einer gekürzten Fassung veröffentlicht.

(Deutschland), und der ehrenamtlichen Wiener Sekretärin, Frau Ilse Tramontana. Zu dieser Zeit bestanden in Kärnten, Oberösterreich und Wien bereits Gruppen des BEJ. Nun trat man an mich mit der Bitte heran, auch in der Steiermark eine Gruppe zu gründen.

**Helga Kostka:** Wie entstanden diese Organisationen?

**Max Wratschgo:** Die Union Europäischer Föderalisten/UEF, in Österreich Europäische Föderalistische Bewegung/EFB, und der Bund Europäischer Jugend/BEJ sind überparteiliche Organisationen und arbeiten im Rahmen der Europäischen Bewegung mit Verbänden zusammen, die eine föderative und demokratische Vereinigung der europäischen Staaten und Völker anstreben.

Das zwischen 14. und 21. September 1946 in Hertenstein in der Schweiz von den Europäischen Föderalisten beschlossene „Hertensteiner Programm“ sieht als Hauptziel eine Europäische Gemeinschaft auf föderalistischer Grundlage vor. Bald darauf, am 17. Dezember 1946, entstand die Union Europäischer Föderalisten (UEF), die als Dachorganisation in siebzehn europäischen Ländern tätig ist. 1947 hatten sich Jugendliche aus mehreren europäischen Ländern in Paris zum Bund Europäischer Jugend (BEJ) bzw. zu Junge Europäische Föderalisten (JEF) zusammengeschlossen, mit folgender Überlegung: Um weitere Kriege in Europa zu verhindern, sollten die europäischen Staaten sich zu einem Bundesstaat vereinigen.

Auch Mitglieder des BEJ waren bald in vielen Ländern aktiv. Im Sommer 1950 rissen Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Ländern Grenzpfähle an der deutsch-französischen Grenze nieder; eine Aktion, die auf großes Medieninteresse stieß. Ein Jahr

später versammelten sich im Sommer einige Tausend Teilnehmer auf dem Loreley-Felsen in Deutschland zur ersten großen europäischen Jugendbegegnung.

Österreich war zwar bereits auf dem ersten Kongress im August 1947 in Montreux vertreten gewesen; der BEJÖ und die EFBÖ wurden aber erst 1951 ins Leben gerufen. Schloss Trautenfels im Ennstal war 1954 Schauplatz der ersten großen Jugendbegegnung in Österreich. Vor mehr als einhundert Jugendlichen aus zehn europäischen Staaten rief damals Landes-

hauptmann Josef Krainer auf, alles zu tun, um die Grenzen Europas abzubauen.

**Helga Kostka:** Der Auftrag an Sie, in Österreich den BEJ zu gründen, war sehr ehrenvoll, doch für einen Jugendlichen eigentlich eine fast unlösbare Aufgabe, oder doch nicht?

**Max Wratschgo:** Anfänglich hatte ich große Hemmungen, ich war ja erst siebzehn Jahre alt. Doch dann bekam ich Gelegenheit, verschiedene Veranstaltungen zu besuchen und lernte dabei sehr viel. Zu Pfingsten des gleichen Jahres nahm ich an einem Treffen der Europajugend Kärntens in Maiernigg am

Wörthersee teil und im August 1954 an dem großen Jugendtreffen im Schloss Trautenfels. Sehr stolz war ich, als es mir gelang, bei einem Empfang mit dem damaligen Landeshauptmann Josef Krainer sen. ein Gespräch zu führen. Er sagte mir seine Unterstützung bei der Gründung des steirischen Landesverbandes der Europajugend zu. Im Herbst 1954 konnte ich auch noch Landesrat Karl Brunner und Otto Steidler als Gründungsmitglieder der Erwachsenenorganisation EFB gewinnen.

Am 31. Jänner 1955, noch zu einer Zeit, in der Österreich von vier Besatzungsmächten besetzt und es seine Unabhängigkeit noch nicht erreicht hatte, fand im Palais Attems in Graz die



Max Wratschgo (1995)

Bildquelle: Christa Hofmeister

konstituierende Sitzung des steirischen Landesverbandes des Bundes Europäischer Jugend statt, bei der ich zum Gründungsobmann gewählt wurde.<sup>1</sup> Schon einige Monate später war auch die Union der Europäischen Föderalisten Österreichs in der Steiermark vertreten. Der Anfang war mühsam. Zuerst waren es meine Klassenkameraden, die ich als Mitglieder und Mitstreiter gewinnen konnte. Doch schnell fand ich weitere Unterstützung, auch durch meine Lehrer. Ein nicht unbeachtlicher Vorteil war beispielsweise, dass wir sogar Freistunden für die von unseren Professoren geförderten Veranstaltungen der „Kerngruppe“ in Graz erhielten, damals in den Räumen des „Amerikahauses“ in Graz, Hamerlinggasse 8, Parterre links. Das Amerikahaus hatte in der von den Engländern besetzten Zone die Aufgabe, die USA kulturell zu repräsentieren. Es wurde 1962/63 aufgelöst.

**Helga Kostka:** Welche Bedeutung hatte für Sie der Abschluss des Österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955?

**Max Wratschgo:** Den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 erlebte ich mit „gemischten Gefühlen“. Einerseits überwog wohl die Freude über den Abzug der Besatzungsmächte und die Erlangung der politischen Freiheit in Österreich, andererseits mussten dafür hohe Gegenleistungen an die UdSSR erbracht werden. Landeshauptmann Josef Krainers berühmtes Wort „Österreich darf nicht in der Neutralität verhungern“ blieb mir bis heute in Erinnerung.

Trotz alledem organisierten wir Ende Juni 1955 bereits ein europäisches Jugendtreffen in Rimini und San Marino. Direktor Erhard Dzimisky gab uns dafür schulfrei. Das erste Mal in unserem Leben konnten viele von uns ins Ausland fahren, ein großes Erlebnis für uns Jugendliche! In San Marino empfingen uns die beiden Präsidenten. Höhepunkt für mich waren die endlosen, interessanten Gespräche, die wir mit den jungen italienischen „Europäern“ führten.

**Helga Kostka:** Diese Vision der künftigen Einigung Europas schien für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Wiederaufbau, aber auch den zunehmenden internationalen

Spannungen, fast utopisch. Wie gelang es dem BEJ und der EFB in den Sechzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts die Menschen für dieses Ziel zu begeistern?

**Max Wratschgo:** Nach meiner Matura an der LBA wurde ich als Junglehrer zwischen 1956 und 1977 mehrfach in andere Orte versetzt. Ähnlich erging es meinen Kollegen aus der LBA. In diesen Orten versuchten wir, neue Gruppen zu gründen und aufzubauen. So entstanden neben Graz bald die Ortsgruppen Liezen, Voitsberg, Mürzzuschlag, Feldbach, Neumarkt, Veitsch, später Gnas, Fürstenfeld, Hartberg und Leibnitz, um nur einige zu nennen. Ein großes Anliegen war uns die Gewinnung von Mitgliedern. Sie konnten sich dann in Vorträgen und Beiträgen in unseren Mitteilungsblättern über wichtige europäische Themen informieren, an der Verwirklichung unserer Vision mitarbeiten.

Die Jugendorganisation, die Vorträge und die Verbreitung von Information zur Europäischen Idee standen anfangs im Vordergrund unserer Aktivitäten. Doch auch das Vereinsleben kam nicht zu kurz. Geboten wurden Dichterlesungen, Tanz- und Theaterveranstaltungen, wie die Uraufführung von Hanns Holenias „Europa Vocata, Opus 45“, eine Vision für Soli, Sprecher, gemischten Chor, Orgel und Orchester, sowie so manch geselliger Abend. Wir pflegten die Kontakte mit anderen Jugendorganisationen, auch solchen, die anders dachten als wir. Wir suchten ja das Gespräch, wollten mit ihnen diskutieren, sie von unserer Idee überzeugen.

**Helga Kostka:** Welche Themen standen im Vordergrund Ihrer Aktivitäten?

**Max Wratschgo:** Schon ab 1956 wurden in allen Ortsgruppen laufend Vorträge abgehalten zu „Was ist Europa?“, „Wie stellen wir uns die Staatsform des künftigen vereinten Europa vor?“, „Zusammenarbeit Europa–Afrika“, „Österreich und die europäische wirtschaftliche Integration“, „Die gemeinsame Verteidigung Europas“, „Die Neutralität Österreichs und Europa“, „Europa zwischen Ost und West“, „Europa im Werden“, „Der Kongress des europäischen Volkes“, „Wie steht es mit der deutschen Wiedervereinigung“, „Vom Marshallplan zum

<sup>1</sup> Siehe auch den viersprachigen Identitätsausweis von Max Wratschgo. Er war für die Bevölkerung Pflicht

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=max+wratschgo&title=Special%3AMediaSearch&type=image>.

gemeinsamen Markt“, „Arabischer Nationalismus in europäischer Sicht“ und viele mehr.

Auch unsere Mitteilungsblätter, Vorläufer der „Europastimme“, enthielten neben den üblichen Berichten und Mitteilungen je einen Beitrag unter „Wissen für alle“ über eine europäische oder weltweite Institution oder ein Ereignis, unter Titeln wie „Was ist Föderalismus“, „Das Wesen des modernen Bundesstaates“, „Die Integration Europas“, aber auch „Unsere Heimat im Verlauf von achtzehn Millionen Jahren“. Letzteres war Teil der sehr nett gestalteten Beiträge für Jugendliche, so auch ein Österreichquiz; denn einer der BEJ-Grundsätze lautet „Europa wollen heißt nicht auf sein Vaterland verzichten“. Eingeführt wurde eine Fragecke zu europäischen Themen. Auch „die Meinung von Frauen zur Integration“ war uns wichtig. „Die Ehrentafel der wirklich Europa-bewussten steirischen Gemeinden“ musste später immer wieder erweitert werden und war zudem eine gute Werbung für Europa.

Eine Besonderheit war die Rundfunksendung „Die Stimme der Jugend“, in der wir fast regelmäßig seit 1957 mit einem Beitrag vertreten waren – ein großer Verdienst von Günter Novak.

**Helga Kostka:** Gab es niemals Schwierigkeiten, die sich Ihnen in den Weg stellten?

**Max Wratschgo:** Manchmal mussten wir uns auch wehren, unsere Idee verteidigen, wie 1958 gegen nationalsozialistische Kreise, die den Europagedanken missbrauchten und deren Europa-Kongress in Salzburg im November 1958 schließlich vom Innenministerium untersagt wurde.

Manche bezeichneten uns als „Europa-Narren“ und für viele war der Gedanke eines „Vereinten Europas“ eine Utopie. Fünfzig Jahre hindurch war es ein weiter, wohl teilweise mühsamer, aber ein schöner Weg.

**Helga Kostka:** Welche Zielsetzung hat der BEJ und die EFB ?

**Max Wratschgo:** In der ersten Ausgabe des „Rundschreibens“ vom 1. November 1956, unserem damaligen publizistischen Organ, wird gefordert, dass aufgrund der labilen internationalen Lage die Vereinigung Europas, die Vereinigten Staaten von Europa, nicht nur ein Ideal

für die geistig, kulturell und wirtschaftlich eng verbundenen freien Nationen Europas angesehen werden darf. ... Sie ist mehr! Sie ist der einzig gangbare Weg, den europäischen Völkern die ihnen gebührende Bedeutung zu wahren und der Welt den Frieden zu erhalten.

Für Europa arbeiten heißt somit für den Frieden und für die Sicherheit unseres Erdteiles, für unsere persönliche Existenz und für die Zukunft unserer Kinder zu wirken ...

Heute sind die von uns geforderten „Vereinten Staaten von Europa“ bei allen Turbulenzen größtenteils verwirklicht. Viele unserer Forderungen zur Erreichung dieses Zieles sind nun nach Jahrzehnten erfüllt. 1967 beteiligten sich auch die steirischen Jungeuropäer an den europäischen Grenzaktionen, die damals schon das Schengenabkommen vorweggenommen haben.

Die Europäische Union hat – zumindest für einen Großteil der Mitgliedsländer – seit 1. Jänner 1999 eine gemeinsame Währung, den Euro. Wir haben dies bereits 1958 mit der Aktion „Eine Währung für Europa“ vorweggenommen. Unsere damaligen Plakate zeigen eine „1-Euromünze“ – erstaunlich, wie?! Damals wurden auch private Euro-Münzen geprägt.

Ebenso vorausschauend wie erfolgreich waren die steirischen „Europäer“ mit ihren Europawahlen. In der kleinen Gemeinde Perlsdorf hatten wir damals die höchste Beteiligungsquote mit 91 Prozent der Wahlberechtigten. Nicht zuletzt deshalb wurde ich dann auf dem im Dezember dieses Jahres stattfindenden Kongress in Darmstadt vor zahlreichen internationalen Delegierten gebeten, auf einer Europakarte den Ort Perlsdorf zu zeigen. Unserer Forderung nach einer verfassunggebenden europäischen Versammlung wurde mit der Einberufung des europäischen Konventes im Jahre 2002 und dem Ende Oktober 2004 in Rom unterzeichneten Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) wurde, Rechnung getragen.

**Helga Kostka:** Im Jahre 1956 prägten Sensationsmeldungen internationale und nationale Krisen die Berichte der Medien, wie über vergebliche Bemühungen Österreichs in geheimen Verhandlungen mit Italien, die Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol zu regeln, oder über den enormen Flüchtlingsstrom nach Österreich als Folge der missglückten Revolution in Ungarn.

Den europäischen Einigungsbestrebungen schenken die Tageszeitungen damals kaum Beachtung. Durch welche Initiativen konnte ihr Interesse für den Europagedanken geweckt werden?

**Max Wratschgo:** Uns Europäern war schon früh bewusst, wie wichtig die Mitarbeit der Presse ist. Ich meine, wir haben hier einiges bewegt. Immer wieder hatten wir ein sehr gutes Echo auf unsere Veranstaltungen in den Tageszeitungen.

Bereits am 22. Oktober 1957 gab es in der Grazer Stadtgruppe einen Vortrag zum Thema „Wie lese ich die Zeitung?“. Die interessanten Ausführungen des Referenten trugen dazu bei, das richtige Zeitunglesen, das sogenannte Zwischen-den-Zeilen-Lesen, beim Publikum zu erwecken.

Das Motto der „Feldbacher Europagespräche“ 1974 lautete „Was lesen, hören und wissen die Europäer von der Einigung Europas?“ Die Eröffnungsrede hielt der damalige Landesrat Professor Kurt Jungwirth, Landesobmann der EFB. Als Referenten gewannen wir damals Theo M. Loch, den Präsidenten der Europa-Union Deutschland, der auch Kommentator beim „Westdeutschen Rundfunk“ war, den Chefredakteur der „Neuen Zeit“ Josef Riedler, den Chefredakteur der „Südost-Tagespost“ Helmut Schuster und den Redakteur der „Kleinen Zeitung“ Gerfried Sperl.

Die „Neue Zeit“ vom 25. April 1974 berichtet sehr positiv über diese Veranstaltung und über die überdurchschnittlich starke Beteiligung der Jugend daran. Die „Raabtaler Bildpost“ vom Dezember 1974 schwelgt sogar mit den Worten „Feldbach, Österreich wird zum EU-Vorzimmer“. Sie meinte weiters, dass Österreichs Stärke als Brücke zwischen Ost und West keineswegs mit Österreichs Beitritt zur Europäischen Union endete, vielmehr könnte es für die beitriftswilligen Nachbarn im ehemaligen Ostblock ein „Schuhlöffel nach Europa“ werden.

Die nun regelmäßig stattfindenden „Feldbacher Europagespräche“ brachten Vorträge zu aktuellen Europa-Themen auf hohem Niveau, wie 1964 zu „Österreich, die Neutralität und das Vereinte Europa“. Vortragender war damals auch Claus Schöndube, einer der geistigen Väter des BEJ, der 1991 für sein Wirken mit der „Robert-Schuman-Gedenkmedaille in Gold“ ausgezeichnet wurde. 1984 waren die

Veranstaltung der Begegnung dreier europäischer Orte mit Namen „Feldbach“ gewidmet, Feldbach im Elsass, Feldbach im Kanton Zürich und Feldbach in der Steiermark. Referenten waren jeweils deren Kommunalpolitiker. Bei den 39. „Feldbacher Europagesprächen“ der EFB und BEJ am 15. Oktober 2004 beschäftigte uns das Thema „Das neue Europa der 25“.

Der Kärntner „Kleinen Zeitung“ verdanken wir wiederum eine regelmäßige Berichterstattung über das jährliche Minderheitenseminar in Neumarkt.

**Helga Kostka:** Der „Steirischen Europastimme“ Nr. 13 vom 20. Oktober 1958 entnehme ich, dass damals Ihre Mitteilungsblätter zur „Steirischen Europastimme“ wurden, ... *dass es in Österreich keine Zeitschrift einer europäischen föderalistischen Organisation gibt und die allgemeine Presse kein europäisches Gedankengut im breiteren Umfang vertritt und verbreitet ...* Seit wann erscheinen diese Nachrichtenblätter?

**Max Wratschgo:** EFB und BEJ geben seit November 1955 schriftliche Mitteilungen heraus, zuerst als „Rundbrief“, der sich schon im Oktober 1958 zur „Steirischen Europa-Stimme“ mit schönerem Outfit wandelte. Ab 1960 erschien dann die „Europa Stimme“. Aus den zu zwei dicken Bänden gebundenen Heften lassen sich alle unsere Aktionen nachvollziehen.

In ausführlichen Beiträgen bezogen wir zu aktuellen internationalen und europäischen Ereignissen Stellung, erinnerten an Jubiläen, wie 1978 an das Jahr der Menschenrechte, oder 1979 an „30 Jahre Europarat“, 1987 feierten wir „30 Jahre Karl-Brunner-Europahaus. Früh leisteten wir in zahlreichen Ausgaben unserer „Europa-Stimme“ Aufklärungsarbeit über Probleme des sich abzeichneten Beitrittes Österreichs im Jahre 1995.

Betont wurde die Zielsetzung „Europa muss zusammenwachsen“, damit die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union so manche Bewährungsprobe bestehen kann, wie „die Umgestaltung des früheren Ostblocks“ (Europa-Stimme 32. Jg., September/Oktober 1991).

**Helga Kostka:** Das Karl-Brunner-Europahaus in Neumarkt in der Steiermark ist ein gern besuchter Veranstaltungsort Ihrer Organisation. Wie kam es dazu?

**Max Wratschgo:** Über Initiative des damaligen Bürgermeisters Karl Kranz und des Landesrates Karl Brunner pachtete die EFB die Burg Forchtenstein mit dem Ziel, eine europäische Begegnungsstätte zu schaffen. Der Besuch des französischen Ministerpräsidenten, des vormaligen Außenministers und Präsidenten der Montan-Union, Robert Schuman, im Jahre 1956 war der erste Höhepunkt in der Geschichte der Burg Forchtenstein als Europahaus. Schon im Dezember 1956 konnte das Haus seinen „internationalen Charakter“ unter Beweis stellen, als 1956 ungarische Flüchtlinge dort einquartiert wurden. Die einleitenden Worte bei der feierlichen Eröffnung am 7. Juli 1957 sprach Landesrat Karl Brunner, als Landesobmann der EFB, Ehrenpräsident Landeshauptmann Josef Krairner sen. übergab hierauf das Haus seiner Bestimmung mit den Worten, ... *dass es nun zu Ehren unseres verdienten Landesobmannes den Namen „Karl-Brunner-Europahaus“ trägt ...* (Rundbrief Nr. 5 vom 9. Oktober 1957).

Im Anschluss an die Eröffnung fand erstmalig in den Räumen des Europahauses ein achttägiges Treffen des BEJ statt, bei dem sich sechzig junge europäische Föderalisten mit sogenannten europäischen „heißen Eisen“ befassten. Wegen des großen Erfolges wurden diese Jungendlager zu einer festen Einrichtung im Veranstaltungskalender des Europahauses.

Am 13. November 1960 wurde als Dank für das verdienstvolle Wirken Landesrat Karl Brunners seine durch Karl Pirker geschaffene Büste im Festsaal des Karl-Brunner-Europahauses feierlich enthüllt. Der plötzliche Tod Karl Brunners am 3. April 1964 war für die „Europäer“ ein schwerer Schicksalsschlag.

Das ehemalige „Forchtenstein“ war nicht nur das erste österreichische Europahaus, es ist auch Gründungsmitglied der Internationalen Föderation der Europahäuser (FIME) und der österreichischen Föderation der Europahäuser (ÖFEH). Heute bestehen ideale Unterkunftsmöglichkeiten für Gruppen bis zu etwa fünfzig Personen, liebevoll betreut vom Team um Christa Hofmeister, das jedem Veranstaltungsteilnehmer das Gefühl vermittelt, gerade er sei besonders willkommen. Um einen mit vielen Blumen geschmückten Innenhof, der nur nach Südwesten einen weiten Blick ins Umland gewährt, sind die zu unterschiedlichen Zeiten entstandenen ehemaligen Wehrbauten und der Palas (Wohnturm) gruppiert. Die Anlage besitzt

– nicht nur für Jugendliche – einen eigenen Reiz.

Berechtigt gab Robert Schuman bei seinem Besuch 1956 seiner Begeisterung zu Ausdruck, ... *dass hier im Südosten der freien Welt dem europäischen Gedanken im wahren und übertragenen Sinn des Wortes eine „Hochburg“ entstanden ist ...* (Rundbrief Nr. 1 vom 1. November 1956).

**Helga Kostka:** Was sind weitere Inhalte der Arbeit im Europahaus?

**Max Wratschgo:** Im jährlich dort zu Pfingsten stattfindenden Minderheitenseminar werden nicht nur Minderheitenrechte und -probleme erörtert, es besteht zudem die Möglichkeit, Betroffene aus vielen Ländern Europas kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren. Im „Europa-Forum“ sind wir überdies bemüht, sehr brisante Themen aufzugreifen und bitten fundierte Referenten um ihre Beiträge. Es finden sich immer wieder neue, interessante Fragestellungen, wie „Agenda 2000 – Chancen für Österreich“, „Der Reformauftrag für die erweiterte EU“, „Die Zukunft der Europäischen Union“, „Reformaussichten für die erweiterte Union“. Beide werden schon jahrzehntelang mit Erfolg abgehalten.

Das zeigt wie weitreichend die dort aufgezeigte Informationsarbeit ist. Das „Karl-Brunner-Europahaus“ ist nun eine internationale Begegnungsstätte und ein Bildungszentrum des europäischen Föderalismus geworden. Es bedeutet aber gleichzeitig für den regionalen Tourismus einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Impuls.

Die immer wieder erforderlichen baulichen Maßnahmen zur Erhaltung des Europahauses bringen zudem vielen örtlichen Unternehmen Beschäftigung.

**Helga Kostka:** Frühe Leitsätze Ihrer Organisation lauteten: „Europa durch sein Volk“ und „Europa Zukunft der Jugend“. Was meinten Sie damit?

**Max Wratschgo:** Wir waren ja selbst jung und wollten vor allem Gleichaltrige ansprechen, mit ihnen diskutieren und unser gemeinsames Ziel Europa verfolgen. Vor allem sollten dabei die Jungen zu Wort kommen, viele unserer Vorträge befassten sich daher mit Jugendthemen.

Schon von Beginn an wurden europäische Jugendkontakte besonders gefördert. Anlässlich des Besuchs der Berliner BEJ-Gruppe in der Steiermark gab es einen Vortrag mit dem Titel „Berlin – Insel der Freiheit“.

Eine Meisterleistung gelang uns zu Ostern 1974, als anlässlich des Jubiläums „30 Jahre Volksrepublik Polen“ fünfzig Jugendverantwortliche der im Bundesjugendring vertretenen Jugendverbände eine Studienfahrt in dieses Land unternahmen.

Mir übertrug man damals die Auswahl der Jugendverantwortlichen.

Erstmals war es einer politischen Jugendorganisation gelungen, einen Jugendaustausch mit Polen herzustellen. Zuvor hatten nur Treffen von Folklore- und Sportgruppen stattgefunden.

Wir hingegen legten großen Wert auf politische Diskussionen mit den polnischen Teilnehmern, ihr Gegenbesuch in Österreich erfolgte schon wenige Monate später.

**Helga Kostka:** Bestehen auch mit neuen EU-Staaten und Beitrittskandidaten Beziehungen?

**Max Wratschgo:** Sehr früh und sehr aufgeregt besuchte ich Ungarn und erlebte an der Grenze strengste Kontrollen. 1975 wurde ich dann vom damaligen Landesjugendreferenten Eduard Moser gebeten, an offiziellen Jugendkontakten mit Ungarn mitzuarbeiten. Er war der Ansicht, dass durch vorerst rein kulturelle Zusammenarbeit, ein Loch nach dem anderen in den „Eisernen Vorhang“ gebohrt werden könnte. Nach 1989 wurden diese Kontakte noch vertieft, besonders mit den Komitaten Baranya, Tolna und Vas. 1990 wurde ich zum Vizepräsidenten des Freundschaftsvereins Baranya/Steiermark (BASTEI) gewählt und bin nun seit vier Jahren deren steirischer Vorsitzender. Aus diesen Gebieten kommen jährlich etwa dreihundert Personen zu unseren Veranstaltungen.

Mit großer Unterstützung der Landesjugendreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, früher Eduard Moser und Wulfing Rajakovichs, später Eva Maria Fluch, bestehen seit vielen Jahren intensive Kontakte mit Bulgarien und dem Banater Bergland in Rumänien. Kulturelle Beziehungen bestehen natürlich auch zu Slowenien und Kroatien. Selbst Folkloregruppen aus der Türkei traten bereits vor zwanzig Jahren an den Veranstaltungen zum Europatag

und bei internationalen Begegnungen auf. Seit der Wende nehmen Jugendliche aus den östlichen Nachbarländern in großer Anzahl an unseren europäischen Begegnungen teil.

**Helga Kostka:** Wie erlebten Sie die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004?

**Max Wratschgo:** Sie können sich vorstellen, dass ich die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 mit großer Freude begrüßt habe.

Ich konnte sie in Heiligenkreuz an der ungarischen Grenze, in Spielfeld, Weitersfeld, in Murck und bei Radkersburg an der steirisch-slowenischen Grenze miterleben.

Die Begeisterung der riesigen Menschenmenge war überwältigend. Bad Radkersburg erinnerte mich an die Europa-Begegnung „Slowenisch-steirischer Europatag“ im Jahre 1971.

**Helga Kostka:** Was verstehen der BEJ und die EFB unter einem „Vereinten Europa“ und welche Ziele sind noch erreichbar?

**Max Wratschgo:** Die Integrationsbemühungen des BEJ und der EFB sind im „Hertensteiner Programm“ des Jahres 1946 in zwölf Punkten zusammengefasst; ein Großteil von ihnen wurde in den letzten Jahren verwirklicht.

Die Einigung Europas blieb zunächst auf wenige Staaten begrenzt. Schon vor 1989 hatte ich sehr gute Kontakte in die ost- und mitteleuropäischen Staaten.

Für mich ist die sogenannte „Erweiterung“ zwingend. Es wächst einfach nur das wieder zusammen, was lange Zeit zusammengehört hat. Historisch und kulturell sind einige der im Mai 2004 beigetretenen Staaten, aber auch der Donauraum mit Rumänien, Bulgarien oder Kroatien, miteinander sehr eng verbunden.

Für die nächste Zukunft erwarte ich den Beitritt dieser Länder.

Doch auch mit anderen Staaten sollten die Beziehungen in einem fairen und offenen Gespräch geklärt werden, wenngleich sicherlich vorerst ein Beitritt der Türkei aus Gründen der Menschenrechte fraglich ist.

Wir „Europäer“ waren schon immer für die Vereinigung aller demokratischen Staaten Europas. Diese Entwicklung fördern wir mit allen unseren Kräften.

**Helga Kostka:** Seit fünfzig Jahren arbeiten Sie unermüdlich, leidenschaftlich und überzeugt für die europäische Idee in der Steiermark. Für Ihr Lebenswerk, die Durchsetzung der europäischen Idee, erhielten Sie nicht nur von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das „Große Ehrenzeichen des Landes Steiermark“ verliehen. Sie wurden im März 2003 u. a. mit dem „Styrian Award for Humanity“ durch den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und den einstigen sowjetischen Präsidenten Mihail Gorbatschow ausgezeichnet. An welche wichtigen Momente dieser Tätigkeit, persönliche Erfolge, erinnern Sie sich und was sehen Sie als Ziel für die nächste Zukunft?

**Max Wratschgo:** Meine bisherige Tätigkeit war durchwegs sehr interessant. In Erinnerung bleiben mir vor allem die Ereignisse um das Karl-Brunner-Europahaus in Neumarkt, beginnend mit dem Besuch Schumanns 1956. Besonders gerne denke ich an meine Treffen mit führenden österreichischen und europäischen Persönlichkeiten (an Bundeskanzler Alfons Gorbach, in dessen Wörschacher Villa ich einige Male zu Gast war, Vizekanzler Bruno Pittermann, mit dem ich gemeinsam Kongresse und Sitzungen der EB besuchte, an Altiero Spinelli, Gründer der italienischen EB und langjähriges Mitglied der Europäischen Kommission, der auch als Vater der europäischen Verfassung gilt, Jacques Santer, den ehemaligen

Ministerpräsidenten Luxemburgs und Präsidenten der Europäischen Kommission, mit dem ich schon in den achtziger Jahren Diskussionen über einen eventuellen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union führte).

Erfolgreiche Aktionen sind natürlich auch eine Genugtuung und Entschädigung für den oft mühevollen Einsatz und viele schlaflose Nächte. Als persönliche Bestätigung habe ich daher auch 1959 meine Wahl zum Bundesobmann des BEJ, seit 1972 zum geschäftsführenden Vorsitzenden des steirischen Landesverbandes der EFB und des Europahauses Neumarkt, seit 1974 zum Bundesobmann der EFB angesehen. Bereits seit 1959 gehöre ich dem Bundeskomitee unserer europäischen Dachorganisation UEF an, und war von 1975 bis 1987 Mitglied ihres Präsidiums, davon drei Jahre Schatzmeister und sechs Jahre Vizepräsident.

Mit dem Ende meiner Lehrerlaufbahn im Jahre 1997 habe ich meine Bemühungen nicht nur fortgesetzt, sondern aus zeitlichen Gründen sogar noch verstärkt, um wechselseitige Probleme und Missverständnisse klären zu helfen und den Kontakt, die Verständigung der einzelnen nationalen Bevölkerungsgruppen untereinander und das Verständnis füreinander zu intensivieren.

**Helga Kostka:** Ich danke für das Interview.



Bildquelle: Christa Hofmeister

Mag. phil. Dr. iur Helga Kostka wurde 1939 in Graz geboren.

Sie ist verwitwet und hat zwei Kinder.

Nach dem Jusstudium absolvierte sie die Ausbildung zur Rechtsanwältin und war auch als solche tätig.

Nach der Geburt der Kindern und ihrer Tätigkeit in der Familie war sie als Rechtsberaterin im Steirischen Verein für Konsumentenschutz bis April 2005 tätig. Dann dort beratendes Mitglied.

1994 begann sie ein Geschichtstudium mit Fächerbündel Kulturmanagement bzw. Wahlgruppe Europäische Einigung/Europarecht. Dieses Studium hat sie mit einer Diplomarbeit in Geschichte bei Univ. Prof. Ebner abgeschlossen.

Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen, mehrere Broschüren (Konsumenteninformation, Kulturgutdokumentation), Berichte und Artikel in Zeitschriften sowie Ausstellungsbeiträge.

Helga Kostka war Mitglied im Landesvorstand der EFB Steiermark und wissenschaftliche Mitarbeiterin und Referentin an den Internationalen Minderheitenseminaren im Karl-Brunner-Europahaus Neumarkt, Gestalterin von Ausstellungen mit Bezug zum Thema Minderheiten.

Helga Kostka wurde für ihre Verdienste am 18. Juli 2018 mit dem Mérite Européen in Silber ausgezeichnet.

## Meine Sichtweise zu Europa Schüler des Nationalkollegs „Diaconovici Tietz“ Reschitza

Seit 1991 besteht ein Kontakt von Christa Hofmeister zu Prof. Erwin Josef Tigla und zum Deutschen Demokratischen Forum der Banater Berglanddeutschen. Darüber hinaus auch zum Nationalkolleg Diaconovici-Tietz. Das Nationalkolleg Diaconovici-Tietz in Reschitza im Banater Bergland kann auf eine 143-jährige Tradition zurückblicken und hat im Lauf der Zeit viele Veränderungen erlebt. Die Schule, im Jahr 2016 zum Nationalkolleg ernannt, ist multikulturell, mit einer Vielfalt von Ethnien und bietet die Möglichkeit, in rumänischer und deutscher Sprache zu lernen.

Einmal jährlich hält Christa Hofmeister dort eine Unterrichtsstunde, spricht mit den Schülern über Europa und löste damit auch jüngst großes Interesse aus. Sie stellte den Schülern zwei Fragenkomplexe und bat um Antworten:

- 1. Wie und wann kann Europa als Heimat empfunden werden? Welche Herausforderungen sind zu erfüllen und wie kann das im Alltag funktionieren?**
- 2. Was ist deine Meinung über das Ziel eines vereinten friedlichen Europa? Wie soll „dein“ Europa aussehen? Was kannst du dafür tun?**

Fatah Lara Gabriela Ungureanu  
VI. B Klasse

### Mein Europa

Europa ist für mich ein zu Hause, wenn ich mich in jedem Land sicher fühle. Es fühlt sich gut an, wenn überall die gleichen Regeln gelten.

Manchmal ist es schwer, weil wir verschiedene Sprachen sprechen.

Manche Menschen haben auch Angst vor dem, was sie nicht kennen. Das müssen wir ändern. Im Alltag ist es in Europa nicht immer einfach. Wir müssen die Grenzen überwinden. Die Menschen sollen nicht kämpfen. Die Chefs aller Länder müssen gemeinsam Probleme lösen.

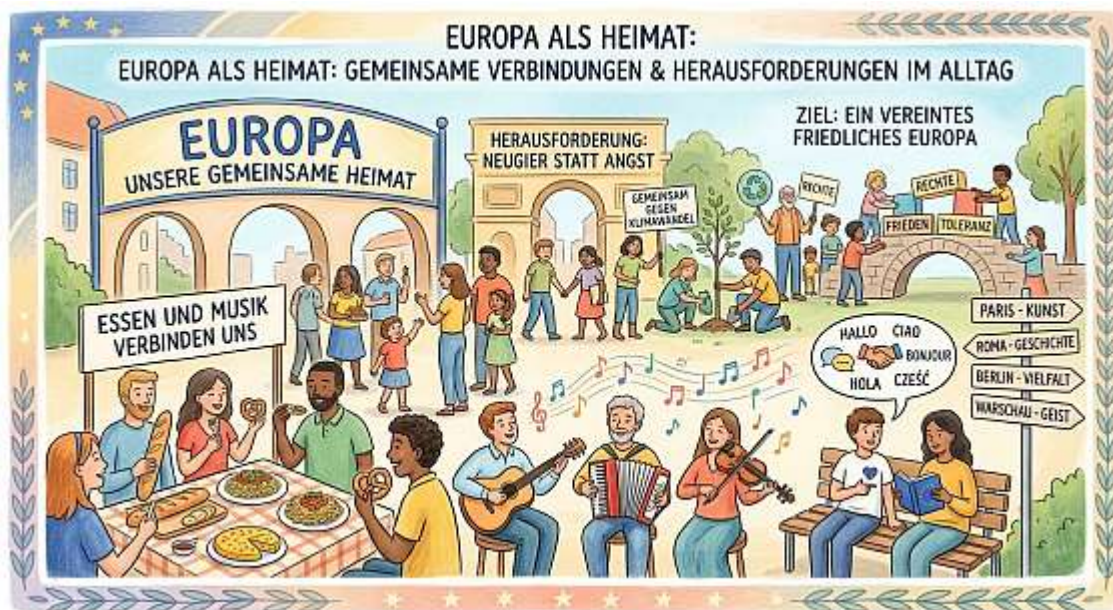
Ich kann reisen und mit Menschen sprechen. Ich kann Deutsch, Rumänisch, Englisch und Griechisch sprechen. Das hilft mir sehr viel! Ich möchte viele neue Freunde aus anderen Ländern finden.



Sophia Maria Thernes  
IX. C Klasse

Europa

1. Europa kann sich wie eine große Heimat anfühlen, wenn wir merken, dass uns trotz verschiedener Sprachen viele Dinge verbinden, wie zum Beispiel die Musik oder das Essen. Die Herausforderung ist, dass wir neugierig aufeinander bleiben müssen, anstatt Angst vor dem Fremden zu haben. Im Alltag ist das vorteilhaft, wenn man zum Beispiel Produkte aus Nachbarländern kauft oder im Urlaub versucht, ein paar Wörter in einer fremden Sprache zu sprechen.
2. Ich finde ein vereintes Europa sehr wichtig, damit wir Probleme wie den Klimawandel oder Kriege nur gemeinsam lösen können. In „meinem“ Europa sollten alle Menschen die gleichen Rechte haben, egal woher sie kommen oder welche Sprache sie sprechen.



Bildquelle: Mit künstlicher Intelligenz erstellt Nationalkolleg „Diaconovici Tietz“ Reschitza.

Damian Andrei Retezan  
IX. C Klasse

Europa

1. Europa kann für mich Heimat sein, wenn Menschen aus verschiedenen Ländern freundlich miteinander sind und sich respektieren. In Europa gibt es viele Kulturen und Sprachen. Wenn wir offen sind und voneinander lernen, können wir gut zusammenleben.
2. Ein friedliches und vereintes Europa ist wichtig. Ich wünsche mir ein Europa, in dem Menschen frei reisen und lernen können. Ich kann helfen, indem ich freundlich bin, andere respektiere und mehr über andere Länder lerne.



Bildquelle: Mit Künstlicher Intelligenz erstellt – Nationalkolleg „Diaconovici Tietz“ Reschitza

Iannis Stieglbauer  
IX. C Klasse

## Europa

1. Europa kann als Heimat empfunden werden, wenn Menschen sich sicher, respektiert und willkommen fühlen. Das passiert, wenn verschiedene Kulturen friedlich zusammenleben und man frei reisen, lernen und arbeiten kann. Eine Herausforderung ist, Vorurteile abzubauen und mehr Verständnis füreinander zu entwickeln. Im Alltag funktioniert das durch Offenheit, Hilfsbereitschaft und Interesse an anderen Traditionen.
2. Ich finde die Idee eines vereinten friedlichen Europas sehr wichtig, weil Zusammenarbeit Konflikte verhindern kann. Mein Europa soll gerecht, umweltfreundlich und solidarisch sein. Jeder soll gleiche Chancen haben. Ich kann dazu beitragen, indem ich tolerant bin, andere Meinungen respektiere und mich über europäische Themen informiere.



Bildquelle: Mit künstlicher Intelligenz erstellt – Nationalkolleg „Diaconovici Tietz“ Reschitza

Maria Teodora Dună  
VI. B Klasse

## Europa

1. Europa kann als Heimat empfunden werden, wenn Menschen sich miteinander verbunden fühlen und ähnliche Werte teilen, zum Beispiel Freiheit, Demokratie und Respekt. Wichtig sind offene Grenzen, Austausch zwischen Ländern (z. B. Reisen, Studieren, Arbeiten) und gegenseitiges Verständnis zwischen Kulturen. Im Alltag funktioniert das durch Zusammenarbeit, gemeinsame Regeln und Interesse an anderen europäischen Kulturen.
2. Ein vereintes und friedliches Europa ist ein gutes Ziel, weil Zusammenarbeit Konflikte verhindert und viele Probleme gemeinsam besser gelöst werden können. Mein Europa wäre offen, tolerant und solidarisch. Jeder Mensch kann dazu beitragen, indem er andere Kulturen respektiert, sich informiert und für Frieden und Zusammenarbeit eintritt.



Bildquelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Group\\_of\\_multicultural\\_people\\_holding\\_a\\_European\\_flag\\_\(P044728flag\\_\(P044728--947695\).jpg947695\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Group_of_multicultural_people_holding_a_European_flag_(P044728flag_(P044728--947695).jpg947695).jpg)

Lukas Nikolas Racołța  
VI. B Klasse

Europa

1. Europa kann sich wie eine Heimat anfühlen, wenn Menschen aus vielen Ländern friedlich zusammenleben. Es ist wichtig, dass alle sich respektieren und nett zueinander sind. Eine Schwierigkeit ist, dass die Menschen verschiedene Sprachen und Kulturen haben. Im Alltag kann es funktionieren, wenn wir freundlich sind, anderen helfen und neue Kulturen kennenlernen.
2. Ich finde die Idee von einem vereinten und friedlichen Europa gut. Mein Europa wäre ein Ort ohne Krieg, wo Länder zusammenarbeiten und einander helfen. Alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben. Ich kann auch etwas dafür tun, zum Beispiel nett zu anderen sein, niemanden auslachen und nicht streiten. So kann Europa besser werden.



Bildquelle: Lukas Nikolas Racołța – VI. B Klasse

## Europäische Stadtinitiative fördert innovative Projekte und den Austausch zwischen Städten

(Marc Germeshausen)

Die Europäische Stadtinitiative (EUI)<sup>1</sup> fördert mit insgesamt 400 Mio. EUR innovative Projekte und den Austausch zwischen Städten. Zielgruppe sind die Verwaltungen von Klein-, Mittel- und Großstädten. Neben dem kompetitiven Call für innovative Maßnahmen bietet die EUI attraktive Förderungen für kleine Projekte, die niederschwellig und einfach umzusetzen sind. Expert:innen unterstützen Städte tatkräftig bei der Umsetzung.

Das Ziel der EUI ist schnell erklärt: Projekte im urbanen Raum, die unsere Städte lebenswerter machen, sollen umgesetzt werden. Anschließend soll das Wissen nicht in der jeweiligen Stadt oder Region verbleiben, sondern hinaus in die Welt getragen werden. Dazu baut die EUI auf zwei wesentlichen Fundamenten auf: dem Call für innovative Maßnahmen und dem Erwerb von Kapazitäten und Wissen.

### Call für innovative Maßnahmen: neue Einreichkriterien für 2026

Wer mit der EUI bereits vertraut ist, weiß, dass der Call für innovative Maßnahmen bisher thematisch eingegrenzte Projekte mit bis zu 5 Mio. EUR in größeren Städten finanziert hat.

2026 wird das Programm ein wenig anders aussehen: Man möchte das Zielpublikum erweitern. Wir wissen bisher, dass Städte allein oder als Gruppe einreichen können, wenn diese in Summe mehr als 25.000 Einwohner:innen haben. Auch die thematische Eingrenzung fällt in großen Teilen weg und es kann, vereinfacht gesagt, zu jedem Thema eingereicht werden, das man aktuell als eine urbane Herausforderung bezeichnen könnte: Wohnungswesen, Mobilität, Klimawandel, soziale Inklusion und öffentliche Sicherheit sind nur einige davon.



Mit bis zu 2 Mio. EUR pro Projekt und einem indikativen Gesamtbudget von 60 Mio. EUR aus dem EFRE sollen Projekte gefördert werden, die lokale Innovation demonstrieren.

Innovation bedeutet hier, dass es sich um einen neuartigen Ansatz handelt, oder aber um einen bestehenden Ansatz, der auf den lokalen Kontext übertragen und neu interpretiert wird.

<sup>1</sup> <https://www.urban-initiative.eu/>

Beides ist möglich, Letzteres wird in der Praxis einfacher zu argumentieren sein.

Zielgruppe des Calls sind insbesondere Klein- und Mittelstädte, deren Erfahrungen mit EU-Förderinstrumenten und der EUI bisher noch begrenzt sind.

Interesse? Die Kontaktstelle für die EUI organisiert am 18.12.2026, 10:30–11:15 Uhr, ein Online-Infoevent hierzu. Details finden Sie unter <https://www.urban-initiative.eu/events/online-eui-urbact-infoday>.

### Aufbau von Kapazitäten und Wissen

Neben dem Call zu innovativen Maßnahmen bietet die EUI Möglichkeiten zum Austausch, Kapazitätsaufbau und gemeinsamen Lernen. Insbesondere die City-to-City Exchanges sind hier für österreichische Städte attraktiv und wurden bereits mehrmals erfolgreich durchgeführt: Eine Stadt, die Einwohner:innenzahl ist hier egal, hat die Möglichkeit, sich zu einem selbstgewählten Thema mit bis zu zwei anderen Städten auszutauschen. Einreichung und Abwicklung sind einfach, das bisherige Feedback dazu ist positiv. Reisekosten, Tagegeld für alle Teilnehmenden und Personalkosten für die Peers werden über die EUI abgerechnet. Bisherige Teilnehmer:innen beschreiben die EUI als zielgerichtet, pragmatisch und lösungsorientiert in ihrer Arbeitsweise. So heißt es etwa aus einem Wiener Magistrat dazu:

*Seitens der Stadt Wien – Immobilienmanagement konnten wir im Rahmen der European Urban Initiative einen City-to-City Exchange mit der Stadt Ljubljana durchführen, der durch das EUI-Programm auch finanziell unterstützt wurde. Der Austausch war für uns äußerst spannend und lehrreich. [...] Wir haben uns auch gefreut, den aktuellen Stand der Wiener Immobilienstrategie diskutieren zu dürfen. – MA 69, Stadt Wien*

### Umfangreiches Beratungsangebot

Die EUI unterstützt durch Beratung, Expertise und Moderation. Darüber hinaus organisiert die EUI Peer Reviews und Events für Städte, unterstützt bei der Umsetzung der Urbanen Agenda für die EU (UAEU) und betreut die Wissensplattform Portico. Letztere bietet einen umfangreichen Wissensschatz und die Möglichkeit, sich mit anderen Städten zu vernetzen. Zu finden ist die Website unter <https://portico.urban-initiative.eu/> Informationen zur EUI erhalten Sie auf unterschiedliche Wege. Neben der Website <https://www.urban-initiative.eu/> für Informationen zur EUI in Europa, finden Sie auf <https://www.urban-initiative.eu/urban-contact-points/austria> Informationen zugeschnitten auf den österreichischen Kontext. Sie können sich darüber hinaus auch jederzeit beim Urban Contact Point für die EUI, Alexander Barnsteiner, melden. Anfragen schicken Sie an [barnsteiner@oerok.gv.at](mailto:barnsteiner@oerok.gv.at)



## Das Einreise-/Ausreisensystem (EES) in Betrieb

(Anton Schäfer)

Am 12. Oktober 2025 wurde das neue EU-Einreise-/Ausreisensystem (Entry-Exit-system, EES) an den Außengrenzen des Schengenraums in Betrieb genommen.

Das System ist Teil des EU-Pakets „Intelligente Grenzen“. Dadurch sollen analoge Verfahren schrittweise ersetzt werden. Im System werden elektronisch die Daten von Drittstaatsangehörigen bei Grenzübertritten erfasst – unabhängig davon, ob sie visumpflichtig sind oder visumfrei. Das EES berechnet auch automatisch die zulässige Aufenthaltsdauer (sog. Kurzaufenthalt von 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen) und warnt bei Überschreitungen.

Datenschutzrechtlich sehr problematisch ist, dass biometrische Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder, personenbezogene Daten sowie reisebezogene Daten gespeichert werden. Ob das hehre Ziel, damit eine effektivere

Kontrolle von Einreisen, die Verhinderung von Identitätsbetrug sowie die Bekämpfung irregulärer Migration erreicht werden kann, muss sich erst noch herausstellen. Die Vergangenheit hat in vielen Fällen solcher Systeme gezeigt, dass sie schlussendlich nur Datenkraken waren und dem Selbstzweck dienen, ohne den Menschen einen Mehrwert zu verschaffen.

Das Problem mit dem Datenschutz und der möglichen Verletzung von Grundrechten ist offensichtlich.

Damit der Datenschutz formell eingehalten werden kann, hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) Leitlinien veröffentlicht. Der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) „mahnt“ eine datenschutzkonforme Anwendung an.

Bis zum 10. April 2026 soll das System vollständig im Schengenraum umgesetzt werden.

## Elektronisches Einreisensystem der EU, Härte für EU-Beitrittskandidaten

(Jörg Hofreiter)

Seit Ende des Vorjahres gelten für Nicht-EU-Bürger bei einem EU-Grenzübertritt (Ein- und Ausreise) in den Schengenraum neue Regeln. Mit dem EES (Entry/Exit System) wird die EU eine zuverlässige Echtzeitinformation darüber besitzen, wer den Schengenraum betritt und verlässt, und kann damit die irreguläre Migration besser kontrollieren, Identitätsbetrug verhindern und die Aufenthaltszeit innerhalb der EU-Grenze genauer überwachen.

Beim ersten Grenzübertritt nimmt das System zudem biometrische Merkmale auf, wie vier Fingerabdrücke und ein Gesichtsfoto, die in der zentralen Datenbank der EU gemeinsam mit Passdaten und dem Zweck der Reise gespeichert werden. Ausgenommen vom EES sind alle EU-Bürger und Personen, die bereits ein Aufenthaltsrecht besitzen sowie Familienangehörige von EU-Bürgern, die mit ihnen reisen.

Auch ein Reisen innerhalb des Schengenraums (also etwa auf der Balkanroute zwischen Kroatien und Slowenien und Österreich) bleibt vom EES unberührt.

Bis April 2026 wird das EES das bisherige Passstempelsystem ersetzt haben.

Wie immer sind erhöhte Sicherheitsvorschriften mit Beschneidungen von Grund- und Menschenrechten verbunden und werden von Menschenrechtsorganisationen infrage gestellt, vor allem wegen der Ausweitung staatlicher Datensammlungen und Bruch des Rechts auf Privatsphäre.

Die nun schärfere Kontrolle an der EU-Außengrenze z. B. von Kroatien mit Serbien oder Bosnien und Herzegowina, wirft natürlich

bei den EU-Beitrittskandidaten subjektiv die Frage auf, ob sie mit dieser Neuregelung in den Generalverdacht der Illegalität geraten und überhaupt in der EU erwünscht sind.

Für den Transitverkehr ergeben sich jedenfalls erhöhte Wartezeiten an der Grenze, weil es

zumeist an zusätzlichen Spuren für die vom EES ausgenommenen Personen fehlt.

Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn an der EU-Außengrenze derartige Fahrzeugspuren obligatorisch vorgesehen werden würden.

## European Travel Information and Authorisation System und die Menschenrechte

(Anton Schäfer)

Im Herbst 2026 wird ein EU-weites System im Reiseverkehr eingeführt. Ein System zur Sicherheitsüberprüfung visumfreier Reisender: das European Travel Information and Authorisation System (ETIAS). Und weil der Grundrechtsschutz schon im Vorfeld als sehr problematisch angesehen wurde, wird auch – gemäß Artikel 10 der ETIAS-Verordnung – das ETIAS Fundamental Rights Guidance Board (EFRGB) eingeführt, das den Rechtsschutz für Antragsteller sicherstellen soll.

Dem ETIAS Fundamental Rights Guidance Board gehören u. a. der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDPS), die EU-Grundrechteagentur und Frontex an. Das Board hat inzwischen auch Leitlinien zur Gewährleistung des wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Artikel 47 der EU-Grundrechtecharta veröffentlicht.

Denn ETIAS verarbeitet sehr umfangreich personenbezogene Daten und – das ist ein erhebliches Problem – nutzt automatisierte Abgleiche sowie algorithmisches Profiling zur Risikobewertung. Wie immer mit solchen technologischen Systemen geht in der Praxis auch eine „Gläubigkeit“ der Anwender einher, dass das System in jedem Fall korrekt arbeiten würde.

Es ist leider nicht erst seit gestern bekannt, dass auch in der EU an den Außengrenzen systematische Menschenrechtsverstöße stattfinden und oft nicht geahndet werden.<sup>1</sup> Dies ist nicht nur eine Bemängelung seitens der zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGO), sondern auch von der EU-Agentur für Grund-

rechte. Zu den monierten Beanstandungen gehören etwa unterlassene Hilfeleistungen für Menschen in Not und aktive Misshandlungen durch Beamte.

Und wenn ein Grundrechtsschutz durch das ETIAS Fundamental Rights Guidance Board gewährleistet werden soll, so darf nicht vergessen werden, dass bereits in der Vergangenheit die Opfer solcher Grundrechtsverstöße oft keine Beschwerde einlegten. Dies weil sie den EU-Behörden und -Mitarbeitern nicht vertrauten, Angst vor Konsequenzen hatten oder nicht mit den formellen Prozeduren vertraut waren. Sie waren darüber auch nicht aufgeklärt worden, obwohl es dazu bereits ausreichende Verpflichtungen gibt.

In den Unionsmitgliedstaaten werden überdies Ermittlungen oft nicht unabhängig geführt und dauern sehr lange. FRA-Direktorin Sirpa Rautio meinte in einer Aussendung: *Europa hat die Pflicht, jeden an den Grenzen fair, respektvoll und in voller Übereinstimmung mit den Menschenrechtsgesetzen zu behandeln. Dies erfordert wirksame und rechtskonforme Grenzverwaltungspraktiken, gestützt durch solide und unabhängige Untersuchungen aller Vorfälle.*<sup>2</sup>

Die Berichte von Amnesty International zum Vorgehen griechischer Beamter sind inzwischen schon weitem bekannt.<sup>3</sup> Jeder, der dieses Wissen hat, wird sich fragen, wie nationale Einrichtungen mit den weitreichenden Informationen und der Macht umgehen werden, die ihnen ab Herbst 2026 das European Travel Information and Authorisation System geben wird?

<sup>1</sup> <https://orf.at/stories/3365086/>

<sup>2</sup> <https://www.derstandard.de/story/3000000230381/viele-menschenrechtsverstoesse-an-den-eu-grenzen-werden-nicht-geahndet>

<sup>3</sup> <https://orf.at/stories/3365039/>

## Wie die deutsche Regierung das Schengener Abkommen zugunsten einer Appeasement-Politik für die AfD verrät

(Anton Schäfer)

Die Schlagzeile zu diesem Artikel ist bewusst provokant gewählt. Natürlich ist es nicht nur die AfD, die von Politikern in Deutschland oder rechten bzw. rechtsextremen Gruppen in Europa „bedient“ werden, sondern es ist eine Unsitte unserer Zeit, dass zu schnell und oft extremistischen Strömungen nachgegeben wird. Grundsätzlich wurden Binnengrenzkontrollen innerhalb EU mit dem Schengener Grenzkodex<sup>1</sup> abgeschafft. Sie dürfen nach diesen Regelungen nur in Ausnahmefällen wieder eingeführt werden.

Stationäre Grenzkontrollen und andere Maßnahmen, wie Deutschland diese seit Jahren an den Binnengrenzen durchführt, sind klar europarechtswidrig.<sup>2+3+4</sup>

Die Begründungen dafür sind teilweise abenteuerlich. Und für die Praxis muss auch festgehalten werden, dass es sich hier um „Symbolpolitik“ handelt und Migration an den offiziellen Grenzen vorbeigeht.

Denn, auch wenn es extremistische Kreise immer wieder fordern, es ist nicht möglich, die EU oder auch nur Deutschland komplett abzuschotten.

Mit dem Schengener Abkommen sollten in Europa physische Grenzen aus den Köpfen der Menschen gelöscht werden.

Nationalstaaterie sollte der Vergangenheit angehören. Doch aktuell ist (auch weltweit) genau das Gegenteil zu sehen. Immer mehr Grenzen, Mauern und Zäune werden gebaut. Und es ist nicht schwer zu verstehen, dass mit den hehren Versprechungen der Vergangenheit und den Handlungsweisen der Politiker in einigen Unionsmitgliedstaaten ein sehr großer Vertrauensverlust für die EU einhergeht, weil die Europäische Kommission nicht in der Lage oder nicht willens ist, das Recht der Union z. B. gegen die deutsche Regierung (und andere) durchzusetzen. Und da auch die Nationalstaaten nicht in der Lage sind, diese

„Sicherheitsversprechen“ effektiv umzusetzen, werden sie von rechten und rechtsextremen Kräften kritisiert. Das Versagen wird polemisch als Versagen der jeweils aktuellen Regierung dargestellt. Was wiederum viele Menschen glauben und nicht kritisch hinterfragen. Denn gerade im Bereich der illegalen Migration müssen, um effektive Lösungen zu erreichen, alle Unionsmitgliedstaaten an einem Strang ziehen und gemeinsam Probleme lösen wollen. Das eigene Versagen der Politiker in den Unionsmitgliedstaaten „kompensieren“ diese teilweise durch noch mehr Rechtsbrüche im Hinblick auf die Personenverkehrsfreizügigkeit.



Schild an der deutsch-deutschen Zonengrenze bei Heldra  
Bildquelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F000250-0050,\\_Deutsch-deutsche\\_Grenze\\_bei\\_Heldra.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F000250-0050,_Deutsch-deutsche_Grenze_bei_Heldra.jpg)

aktuellen Regierung dargestellt. Was wiederum viele Menschen glauben und nicht kritisch hinterfragen. Denn gerade im Bereich der illegalen Migration müssen, um effektive Lösungen zu erreichen, alle Unionsmitgliedstaaten an einem Strang ziehen und gemeinsam Probleme lösen wollen. Das eigene Versagen der Politiker in den Unionsmitgliedstaaten „kompensieren“ diese teilweise durch noch mehr Rechtsbrüche im Hinblick auf die Personenverkehrsfreizügigkeit.

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02016R0399-20170407>

<sup>2</sup> <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/grenzkontrolle-zurueckweisung-asyl-urteil-rechtswidrig-100.html>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/grenzkontrollen-betroffene-klagen-gegen-deutsche-massnahmen-a-5fadcb0c-984e-42d8-8a5f-a8512ab1d022>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/grenzkontrollen-deutschland-verwaltungsgericht-europaeische-union-schengen-li.3344630?reduced=true>

Grenzkontrollen gehören seit 2015 bei der Einreise von Österreich nach Deutschland zum Alltag. Das deutsche Innenministerium hat auch stationäre Kontrollen an mehreren Grenzübergängen zu Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, der Schweiz und Tschechien angeordnet.

Es kommt an Grenzübergängen wieder zu volkswirtschaftlich schädigenden Wartezeiten, kilometerlangen Staus und – dies muss deutlich hervorgehoben werden – die Erfolge sind mehr als mäßig. So wurden von Oktober 2023 bis April 2024 angeblich rund 700 Schleuser festgenommen und seien 17.600 unerlaubte Einreisen verhindert worden.<sup>1+2</sup>

Also am Tag und an allen kontrollierten Grenzübergängen in ganz Deutschland entspricht Letzteres rund 84 Menschen. Genaue und durch Dritte überprüfbare Beweise dazu gibt es nicht. Es ist also unbekannt, warum und weswegen jemand „unerlaubt“ nach Deutschland einreisen wollte.

Und weil dieses Vorgehen der deutschen Regierung natürlich auch in anderen Unionsmitgliedstaaten registriert wird, hatten einige dort keine bessere Idee, als ebenfalls Grenzkontrollen einzuführen – selbstverständlich ebenso meist europarechtswidrig.

Und auch hier ist die Europäische Kommission weiterhin nicht in der Lage, dem europäischen Recht Geltung zu verschaffen. Die behaupteten Gründe dafür sind in den Unionsmitgliedstaaten vielfältig:

- terroristische Anschläge,
- terroristische Aktivitäten,
- illegale Flüchtlingsströme,
- angeblicher Schmuggel,
- Gewährleistung der inneren Sicherheit
- etc.

Die größte regionale Tageszeitung in Dänemark „JyskeVestkysten“ (Jütländische Westküste) hat einen Überblick zu den angeblichen Gründen für die seit 4. Januar 2016 zwischen Dänemark und Deutschland bestehenden Grenzkontrollen zusammengestellt. Diese Zusammenstellung ist mehr als entlarvend und peinlich für die politisch Verantwortlichen:

- Zunächst wollte man sich 2016 „einen Überblick verschaffen“. Die ursprünglich für zehn Tage gesetzeskonform eingeführten Grenzkontrollen wurden dann immer wieder verlängert. Es bestehe die Gefahr, dass sich eine große Zahl illegaler Ausländer in Dänemark ansammeln könnte.
- 2017 wurden die Grenzkontrollen um jeweils sechs Monate verlängert. Nun war die Terrorgefahr in Europa Grundlage dafür.
- 2018 wurden die Grenzkontrollen abermals verlängert und zusätzlich wurde ein Wildschweinzaun entlang der Grenze errichtet. Die Dänische Volkspartei sah das auch als Vorteil: „Unabhängig davon, wie man den Zaun baut, kann er nur zu einer Stärkung der Grenzkontrollen führen, und das ist erfreulich“, meinte Peter Kofod (DF) gegenüber „JyskeVestkysten“.
- 2019 wurden die Grenzkontrollen wieder verlängert. Nun lautete die Begründung, dass die Außengrenzen Europas unter Druck stünden und die Terrorgefahr weiterhin ernst sei.
- 2020 war es dann COVID-19. Nach dem ersten Coronavirus-Fall in Dänemark „mussten“ natürlich die Grenzkontrollen weiter verlängert werden. Die Nutzlosigkeit von Grenzsicherungen gegen eine Atemwegserkrankung wurde bereits damals kritisiert. Und genützt haben diese Maßnahmen, wie wir alle wissen, gar nichts.
- 2021 war es angeblich immer noch notwendig, die Grenzkontrollen beizubehalten (teilweise wurden Grenzübergänge ganz geschlossen), um angeblich COVID-19 einzudämmen. Und als das dann nicht mehr so „aktuell“ war, es gab ja inzwischen die COVID-19-Impfung, wurde eine Bedrohung durch militante Islamisten und organisierte Kriminelle gegen Dänemark herangezogen, um unionsrechtswidrige Grenzkontrollen zu rechtfertigen.
- 2022 wurde die Grenzkontrollen einmal mehr verlängert. Nun war es unter anderem angeblich wegen der Invasion Russlands in der Ukraine notwendig.
- 2023 wurde die intensive Grenzkontrolle zu Deutschland (24 Stunden) eingestellt. Im Oktober wurden die Grenzkontrollen aufgrund der anhaltenden Terrorgefahr für Dänemark weiter verlängert.
- 2024 wurden die Grenzkontrollen zu Deutschland erneut verlängert. Die dänische Regierung sah immer noch eine erhebliche Terrorgefahr – nun wegen des Vorgehens Israels in Palästina und generell im Nahen Osten.

<sup>1</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/stationaere-grenzkontrollen-deutschland-verlaengerung-100.html>

<https://deutsch.radio.cz/deutschland-verlaengert-grenzkontrollen-zu-tschechien-um-weiteres-halbes-jahr-8818500>

- 2025 wurden die Grenzkontrollen wieder verlängert. Nun wegen der generellen Bedrohungen unter anderem durch militante Islamisten und wegen des Konflikts im Nahen Osten.
- 2026 gelten die Grenzkontrollen immer noch aus diesen „Gründen“.<sup>1</sup>

Während Deutschland vor allem auf stationäre und andauernde Grenzkontrollen setzt – welche die Polizeikräfte stark belasten –, sind in anderen Unionsmitgliedstaaten die Regierungen „meist“ bemüht, die Kontrollen flexibel und nur stichprobenweise durchzuführen, sodass der Personen- und Warenverkehr möglichst nicht behindert wird.

Grundsätzlich sind aber die anderen Unionsmitgliedstaaten machtlos gegenüber der

deutschen Regierung<sup>2+3+4</sup> – wollen das vielleicht auch sein.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Deutschland hat auch die Ineffizienz der Kontrollen festgestellt. So meinte der GdP-Vorsitzende für den Bereich Bundespolizei, Andreas Roßkopf: „Wir stellen jetzt schon fest, dass die bekannten Kontrollstellen umfahren werden“.<sup>5</sup>

Für die Europäische Kommission ist das Verhalten des EU-Migrationskommissars, Magnus Brunner (ÖVP), der Verständnis für die Maßnahmen der deutschen Regierung zeigt, wohl eher peinlich und vor allem ist es eine Bestätigung und Genehmigung der jahrelang durchgeführten Rechtsbrüche durch deutsche Regierungen.<sup>6</sup>



Denkmal zum „Schengener Abkommen“ am Moselufer in Schengen/Luxemburg. Die drei Stahlstelen mit jeweils einem Stern erinnern an die Unterzeichnung des Schengener Abkommens am 14. Juni 1985. Bildquelle: Christa Hofmeister

<sup>1</sup> [www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-apenrade-tingleff-daenemark-schleswig-holstein-hamburg-suedschleswig/pendlerleben](http://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-apenrade-tingleff-daenemark-schleswig-holstein-hamburg-suedschleswig/pendlerleben)

<sup>2</sup> <https://salzburg.orf.at/stories/3304492/>  
<https://vorarlberg.orf.at/stories/3304503/>

<https://orf.at/stories/3392892/>

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/grenzkontrollen-polizei-fa-esser-100.html>

<sup>6</sup> <https://vorarlberg.orf.at/stories/3304503/>

## Mitreden, mitmischen, mitmachen

### Die Europäische Bürgerinitiative lädt ein

(Marc Germeshausen)

*Demokratie lebt von Beteiligung. Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht eine direkte Mitbestimmung auf europäischer Ebene.*

Seit Anfang dieses Jahres sind alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihr Trinkwasser systematisch auf bestimmte gesundheits- und umweltschädliche Chemikalien (PFAS) zu überwachen und bei Überschreitungen der Grenzwerte geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Rechtsgrundlage dafür ist die novellierte EU-Trinkwasserrichtlinie, die unter anderem als Reaktion auf die Initiative Right2Water überarbeitet wurde. Diese war die erste Europäische Bürgerinitiative, die Ende 2013 mit österreichischer Beteiligung mehr als eine Million geprüfte Unterschriften erreichte. Dank ihr gelten heute in der EU die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser.

#### Was ist die Europäische Bürgerinitiative?

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ermöglicht es Unionsbürger:innen, politische Anliegen unmittelbar auf EU-Ebene einzubringen und die politische Agenda aktiv mitzugestalten. Dennoch empfinden viele Bürger:innen die Europäische Union nach wie vor als weit entfernt von ihrer politischen Lebensrealität. Während nationale Instrumente direkter Demokratie – wie etwa Volksbegehren – zunehmend an Bekanntheit gewinnen, ist die EBI in der breiten Öffentlichkeit bislang wenig präsent.

Es lohnt sich ein genauerer Blick auf die Europäische Bürgerinitiative.

#### Jede:r Unionsbürger:in kann eine Europäische Bürgerinitiative starten

Bereits seit den 1980er Jahren gab es Überlegungen, auch auf EU-Ebene ein Instrument der direkten Demokratie einzuführen. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde schließlich das weltweit erste länderübergreifende Bürgerbeteiligungsinstrument umgesetzt: Seit dem 1. April 2012 ist es möglich, eine Bürgerinitiative auf europäischer Ebene durchzuführen und die Europäische Kommission aufzufordern, zu einem bestimmten EU-Thema aktiv zu werden. Antragsberechtigt ist jede Person mit Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats.

Neben der initiierenden Person sind mindestens sechs weitere Unionsbürger:innen erforderlich, diese sieben Personen müssen ihren Wohnsitz jeweils in unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten haben. Nach erfolgreicher

Registrierung beginnt eine zwölfmonatige Sammelphase. In diesem Zeitraum müssen mindestens eine Million Unterstützungsbekundungen eingereicht werden, und zwar aus zumindest einem Viertel der Mitgliedstaaten (derzeit sieben).

Für jedes Land gilt zudem eine bevölkerungsabhängige Mindestzahl an Unterstützungen, in Österreich sind das 14.400 Unterschriften.



Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein direktdemokratisches Beteiligungsinstrument der Europäischen Union, mit der ID Austria erfolgt eine Unterstützung einer laufenden Initiative rasch und unkompliziert. (Bildquelle: Europahaus Klagenfurt / KK)

Zum Vergleich: Damit in Österreich ein Volksbegehren von der Politik behandelt wird, müssen 100.000 Unterschriften binnen acht Tagen gesammelt werden.

### **Demokratie aktiv nutzen und laufende Europäische Bürgerinitiativen unterstützen**

Ein Blick auf die Website der Europäische Bürgerinitiative zeigt, dass derzeit vier Initiativen laufen: „Justice for Palestine“, „Good Food for All“, „Save your right, save your flight!“ und „Kein Geld für Russlands Krieg“. Eine Unterstützung kann rasch und unkompliziert erfolgen; entweder online mithilfe von ID Austria oder bei der zuständigen Wahlbehörde.

Erreicht eine Initiative die erforderlichen Schwellenwerte, ist die Europäische Kommission verpflichtet, sich inhaltlich mit deren Anliegen zu befassen und zu prüfen, ob ein Rechtsakt vorgeschlagen wird. Hinsichtlich des Initiativrechts werden die Unionsbürger:innen damit dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union gleichgestellt. Die Kommission muss jedenfalls eine öffentliche Stellungnahme abgeben und ihr weiteres Vorgehen darlegen. Rechtlich bindend ist die EBI jedoch nicht: Sie kann ein Gesetzgebungsverfahren anstoßen, aber nicht erzwingen.

### **Erfolgreiche Initiativen im Überblick**

Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im Jahr 2012 waren elf Initiativen

erfolgreich. Bei acht davon wurde auch in Österreich das nationale Quorum erreicht. Unter den laufenden Initiativen gilt „Justice for Palestine“ als besonders erfolversprechend: Seit Januar 2026 aktiv, wurde bereits knapp die Hälfte der erforderlichen Unterschriften gesammelt. Drei weitere erfolgreiche Initiativen warten derzeit auf eine Antwort der Europäischen Kommission, die hierfür sechs Monate Zeit hat. Dazu zählt auch „My Voice, My Choice: Für einen Zugang zu sicheren Abtreibungen“. Die Initiative wurde im kleinen Mitgliedstaat Slowenien gestartet und zeigt, dass Bürger:innen europaweit Unterstützung mobilisieren können.

### **EBI-Botschafter in Österreich**

In jedem Mitgliedstaat gibt es EBI-Botschafter:innen, die das Instrument bekannter machen und zum Engagement ermutigen. In Österreich übernehmen diese Rolle das Europäische Jugendparlament und das Europahaus Klagenfurt.

### **Weitere Infos**

Alle Infos zum Ablauf und zu laufenden Europäischen Bürgerinitiative finden sich unter [https://citizens-initiative.europa.eu/\\_de](https://citizens-initiative.europa.eu/_de). Bei Interesse an einer Registrierung einer EBI unterstützt in Österreich die Bundeswahlbehörde kostenlos mit Informationen und Hilfestellungen.



Die Botschafter der Europäischen Bürgerinitiative in Österreich: Europäisches Jugendparlament (Nico Janis, Vizepräsident) und Europahaus Klagenfurt (Marc Germeshausen, Direktor), v. l. n. r.

Bildquelle: Europäische Kommission / KK

## Vereinsnachrichten und Impressum



### Europatag 2026

Der Europatag 2026 wird in Vorarlberg von der EuropaUnion Vorarlberg am 9. Mai 2026 auf dem Marktplatz in Dornbirn gefeiert – mit einer Standaktion und vielen Informationen für die Bürger.



Bildquelle: Anton Schäfer

### Impressum

**Blattlinie:** Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Entwicklung der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt. Alle Informationen werden einem Faktencheck unterzogen!

**Zitervorschlag:** Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

**Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:**

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: [office@Edition.eu.com](mailto:office@Edition.eu.com) E-Mail-Redaktion: [office@Europastimme.eu](mailto:office@Europastimme.eu) E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: [office@EuropaUnion.org](mailto:office@EuropaUnion.org) Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland inkl. USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlags, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.

## Europa-Wikipedia

In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und soll Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie, gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

### DORA

DORA ist die Abkürzung für Digital Operational Resilience Act.<sup>1</sup> Mit dieser europäischen Verordnung soll direkt in den Unionsmitgliedstaaten ein hoher Standard etabliert werden, um Risiken aus der Digitalisierung und Vernetzung (Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT) im Finanzsektor zu minimieren. Diese Verordnung gilt für den gesamten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

DORA enthält Vorschriften für

- das IKT-Risikomanagement,
- die Behandlung IKT-bezogener Vorfälle,
- das Testen der digitalen operationalen Resilienz sowie
- das Management des IKT-Drittpartei-erisikos.

DORA ergänzt bzw. erweitert bzw. harmonisiert auch die bisherigen uneinheitlichen nationalen Regelungen.

DORA ist – mit einigen Erleichterungen für kleine bzw. bestimmte Unternehmen<sup>2</sup> – anzuwenden durch<sup>3</sup>:

1. Vollbanken (CRR-Kreditinstitute),
2. Zahlungsinstitute,
3. Kontoinformationsdienstleister,
4. E-Geld-Institute,
5. Wertpapierfirmen,
6. Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, die gemäß der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte von Krypto-Werten (MiCAR) zugelassen sind, und Emittenten wertreferenzierter Token,
7. Zentralverwahrer,
8. zentrale Gegenparteien,
9. Handelsplätze,
10. Transaktionsregister,
11. Verwalter alternativer Investmentfonds,

12. Verwaltungsgesellschaften
13. Datenbereitstellungsdienste,
14. Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen,
15. Versicherungsvermittler, Rückversicherungsvermittler und Versicherungsvermittler in Nebentätigkeit,
16. Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung,
17. Ratingagenturen,
18. Administratoren kritischer Referenzwerte,
19. Schwarmfinanzierungsdienstleister,
20. Verbriefungsregister sowie
21. IKT-Dienstleister.

Kleinstunternehmen räumt DORA Erleichterungen ein. Kleinstunternehmen sind Einrichtungen, die kein Handelsplatz, keine zentrale Gegenpartei, kein Transaktionsregister und kein Zentralverwahrer sind, weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen und bei denen der Jahresumsatz bzw. die Jahresbilanzsumme 2 Millionen EUR nicht überschreitet.<sup>4</sup>

DORA ist eine umfassende Regelung, die dem Schutz des Finanzplatzes Europäische Union dient und dem Wesen nach umfangreiche Dokumentations- und Berichtspflichten sowie Meldepflichten beinhaltet. Vielfach werden diese als Bürde für die Unternehmen betrachtet, jedoch ist die Regelung alternativlos, da es bislang in den Unionsmitgliedstaaten nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Standard zu finden. Auch das Vereinigte Königreich hat angekündigt, innerstaatliche Regelungen autonom anzupassen.

DORA ergänzt andere bereits bestehende Rechtsakte der EU. Die Verordnung ist seit dem 17. Januar 2025 im EWR anzuwenden.

<sup>1</sup> [Verordnung \(EU\) 2022/2554 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor](#)

<sup>2</sup> Artikel 2 Absatz 3 DORA.

<sup>3</sup> Artikel 2 Absatz 1 DORA.

<sup>4</sup> Siehe Artikel 3 Zif. 60 DORA.

Zu guter Letzt



# EU VS USA

	USA	EUROPE	COMPARISON
Homicide rate	~6.4 per 100K	~2 per 100k	3x higher
Paid vacation (by law)	0 days guaranteed	min 20 days/year	EU guarantee
Maternal mortality	~22 per 100k	~7 per 100k	3x higher
Obesity (adults)	~40%	~20%	2x higher
Prison population	~531 per 100k	~111 per 100k	5x higher
Drug overdose deaths	~31 per 100k	~2-3 per 100k	~10-15x higher
Paid parental leave	0 weeks paid	min 14 weeks	EU guarantee
High-speed rail	~80 km	8,556 km	EU dominant
Renewable electricity	~22%	~47%	2x higher
CO <sub>2</sub> emissions per capita	~14 t	~5 t	3x higher
Road deaths	~13.8 per 100k	~4.6 per 100k	3x higher
Workplace deaths	~3.5 per 100k	~1.6 per 100k	~2x higher
Student debt	widespread	low or marginal	systemic vs limited
Medical bankruptcy	~500k families/year	rare	systemic risk vs rare
Public debt	~120% of GDP	~82% of GDP	USA higher
Infant mortality	~5.4 per 1,000	~3.3 per 1,000	~1.5x higher
Life expectancy	~76 years	~81 years	5 years lower
Gun deaths	~14 per 100k	~1 per 100k	~14x higher

**Team Europe, every day.**

**DEMOCRATS**  
EUROPEAN DEMOCRATIC PARTY

Zu ergänzen ist in dieser Tabelle, dass die USA im „Freiheitsindex“ einen historischen Tiefstand erreicht haben. Laut der US-Organisation Freedom House sollen die USA im vergangenen Jahr unter Präsident Donald Trump auf den niedrigsten „Freiheitsstand“ seit mehr als 50 Jahren abgesunken sein.